

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
 Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Num. 30 Pf.  
 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
 Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungstexte 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingefandt 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
 Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturtenantbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.  
 Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 261

Mittwoch, 9. November

1921

## Vom Landtage.

Der Beginn der heutigen Landtagssitzung, der für 1 Uhr vorgesehen war, wurde um eine Stunde verschoben, weil die Fraktionen und danach der Ausschuss zur beschleunigten Regelung der Besoldungsfrage für Sachsen sich dringend beraten mußten.

Dem Landtage sind mit der Vorlage Nr. 81 die Entwürfe des Staatshaushaltsplans sowie des Finanzgesetzes für die Jahre 1921/22 zugegangen. Wir berichten über die Staatshaushaltspläne im Hauptblatt in Form von Aufsätzen des Hrn. Ministerialdirektors Dr. Hedrich. Der übliche längere Auszug aus dem Etat in der Landtagsbeilage fällt der hohen Kosten wegen von jetzt ab weg.

## Deutscher Protest gegen die Vertreibung deutscher Ansiedler in Polen.

Unser Pariser Botschafter hat der Botschafterkonferenz folgende Note überreicht:

Das polnische Ansiedlungsamt in Polen hat am 19. Oktober etwa tausend deutschstämmigen Ansiedler, die in den von Deutschland an Polen abgetretenen Landesteilen ansässig sind, amtlich mitgeteilt, daß der polnische Staat nach dem polnischen Gesetz vom 14. Juli 1920 als Eigentümer dieser Ansiedlungen eingetragener worden ist. Die Ansiedler haben bis 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen, widrigenfalls ihnen die Expropriationsklage angedroht wird.

Es handelt sich bei diesen Ansiedlern größtenteils um solche Personen, die sich nach dem 11. November 1918 angesiedelt haben, z. T. auch um Ansiedler, die bis zum 11. Nov. 1918 die Ansiedlung nicht erhalten haben. Der polnische Staat stützt sich bei seinem Vorgehen auf das Gesetz vom 14. Juli 1920, das in Art. 2 vorschreibt, daß Besitzungen und Veränderungen an Grundstücken und dinglichen Rechten, die nach dem 11. November 1918 vom preussischen Fiskus zugunsten dritter Personen vorgenommen worden sind, ungültig seien.

Diese Vorschrift entbehrt jeder Rechtsgrundlage. Einmal ist es ein allgemein anerkannter völkerrechtlicher Grundsatz, daß die Gebietserwerbungen der Erwerbstaaten sich jedes rückwirkenden Eingriffes in die bis dahin rechtmäßig begründeten privatrechtlichen Verhältnisse enthalten. Die Souveränität über die abgetretenen Gebiete ging aber erst mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages an Polen über. Wenn der Friedensvertrag im Art. 51 für Ost-Lothringen die Bestimmung trifft, daß die Souveränität bereits mit dem 11. November 1918 an Frankreich übergehe, so handelt es sich hier um eine Ausnahmebestimmung zugunsten Frankreichs. Polen hat durch den Friedensvertrag keine Handhabe erhalten, für sich aus dem Datum des 11. November irgendwelche Rechte herzuleiten. Auch auf die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages kann sich die polnische Regierung nicht berufen, weil die deutsche Regierung durch ihn nicht gebunden wurde, privatrechtliche Verkäufe vorzunehmen, denn der Waffenstillstand bezweckt, nicht einer Verankerung, sondern einer Verminderung des deutschen Staatsbessels vorzubeugen.

Unbetrachtet so das Vorgehen Polens gegen die Ansiedler jeder Rechtsgrundlage, so darf die deutsche Regierung ebenso die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz auf die beispiellose Härte lenken, die darin liegt, tausend deutsche Familien zu zwingen, innerhalb sechs Wochen Haus und Hof zu verlassen. Wo und wie für diese Familien in so kurzer Zeit bei den schlechten Wohnungsverhältnissen, die in Polen ebenso wie in Deutschland bestehen und deshalb der polnischen Regierung genau bekannt sind, Unterkunft geschaffen werden soll, ist einweislich gar nicht abzusehen. Daß die betroffenen Familien außerdem eine schwere Einbuße in ihrem Privatvermögen zu befürchten haben, ist nach den Maßnahmen, welche die polnische Regierung gegen das Privatvermögen der Domänenpächter getroffen hat, und die einer einfachen Wegnahme von Privatvermögen gleichkommen, leider anzunehmen.

Die deutsche Regierung legt gegen dieses unerbittliche Vorgehen, jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen der polnischen Regierung den schärfsten Widerspruch ein und bittet die Botschafterkonferenz dringend, bei der polnischen Regierung darauf hinzuwirken, daß sie von dieser Maßnahme absticht.

## Was Deutschland verliert.

Wir haben im Laufe der letzten Wochen und Monate wiederholt Gelegenheit genommen, auf die Gebiets- und Bevölkerungsverluste und auf die Einbußen an Naturschätzen und Industriewerten hinzuweisen, die uns durch die Bestimmungen und Ausführungen des Versailler Vertrags erwachsen sind. In den nachstehenden Tabellen werden diese Verluste, so wie sie heute festzustellen sind, zusammenfassend dargestellt. Es ist ein furchtbares Bild, das sich hieraus ergibt. Es beleuchtet mit grellen Lichtern die Ohnmacht Deutschlands. Diese Hilflosigkeit unseres Vaterlandes ist die Folge des Vorfalles von Versailles, das uns Zahlungen auferlegt, die uns Ungehewer-

liche gehen und befehlungsgeachtete Opfer an Länder- und Bevölkerungsteilen fordert, die geradezu in das Mark der Nation einschneiden, die nach menschlichem Ermessen jede Möglichkeit zu werden, weil sie uns nicht die Möglichkeit geben, deutsche Kraft, deutsche Tüchtigkeit und deutschen Fleiß so anzulegen zu lassen, wie es angeht der Schwere der Lasten, die uns auferlegt worden sind, notwendig wäre.

Die nachfolgenden Ziffern sind aus zuverlässigen Quellen von dem Goetheer Volkswirt Dr. Walter Schmidt zusammengestellt worden.

Deutschlands Gebiets- und Bevölkerungsverluste.

	qkm (%)	1000 E. (%)	davon 1000 (%) Deutsche
<b>I. An Frankreich</b>			
1. Elz-Lothringen . . .	14 522	1 874	1 634 (87,2)
2. Saargebiet . . . . .	1 882	647	663 (99,4)
	16 404 (3)	2 521 (3,7)	2 277 (90,3)
<b>II. An Belgien</b>			
1. Morzmet . . . . .	3	3,5	
2. Eupen-Malmédy . . .	989	61,5	
	992 (0,2)	65 (0,1)	54 (82,7)
<b>III. An Dänemark . . .</b>	5 317 (1)	274 (0,4)	124 (45,8)
<b>IV. An Tschechien . . .</b>	1 926 (0,35)	331 (0,48)	316 (95,4)
<b>V. An Litauen . . . . .</b>	2 447 (0,45)	141 (0,2)	71 (50,6)
<b>VI. An Polen</b>			
1. von Ostpreußen . . .	486	24	
2. von Westpreußen . .	15 461	919	
3. von Pommeren . . . .	390	46	
4. von Posen . . . . .	25 999	1 966	
5. von Schlesien . . . .	3 774	992	
	46 110 (8,52)	3 947 (5,82)	1 533 (38,9)
<b>VII. An Tscheco-Slowakei</b>	289 (0,05)	46 (0,07)	7 (14,3)
	73 486 (13,57)	7 325 (10,77)	4 382 (59,9)

Deutschland vor und nach dem Kriege:  
 1914: 540 787 qkm; 67 892 000 E.; 125,4 E. auf 1 qkm  
 1921: 467 301 . . . 59 360 000 . . . 127,0 . . . 1 . . .

Deutschland büßt ein an:  
 Einwohner . . . . . 10,77 %  
 jährl. Förderung . . . . . 19,7 %  
 Zink . . . . . 75,0 %  
 Eisen . . . . . 74,8 %  
 Steinkohle . . . . . 28,3 %  
 Bleierz . . . . . 7,7 %  
 Kali . . . . . 4,0 %  
 Kartoffeln . . . . . 19,7 %  
 Roggen . . . . . 18,2 %  
 Gerste . . . . . 17,2 %  
 Weizen . . . . . 12,6 %  
 Hafer . . . . . 9,6 %

Diese letzte Tabelle beleuchtet die wirtschaftliche Notlage Deutschlands am greiflichsten. Während wir ein Zehntel der Bevölkerung abgeben müssen, verlieren wir drei Viertel unseres Zinkes und Eisens, ein Fünftel unserer Kartoffelerträge usw. Diese Tatsache wird vielleicht noch sinnfälliger, wenn wir das geschaffene Nahrungsmittel so kennzeichnen: kamen auf den Kopf der Bevölkerung vor dem Kriege je 100 Einheiten der erzeugten Güter, so nach dem Kriege:

27,0 Einheit Zink	und 90,0 Einheit Kartoffeln
27,3 - Eisen	91,7 - Roggen
60,4 - Steinkohle	92,8 - Gerste
103,3 - Blei	99,1 - Weizen
107,6 - Kali	101,3 - Hafer

oder umgekehrt: Reichte die Einheit der Erzeugnisse für 100 Bewohner vor dem Kriege, so gibt sie heute nur Nahrung und Erwerb folgenden Bewohnern, und zwar:

Zink für 35,8 Bew.	Kartoffeln für 91,1 Bew.
Eisen - 36,0	Roggen - 92,6
Steinkohle - 82,5	Gerste - 93,6
Blei - 102,1	Weizen - 98,2
Kali - 106,8	Hafer - 101,2

## Erklärung Dr. Wirths über Oberschlesien.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages behandelte in seiner gestrigen Sitzung die oberschlesische Frage. Im Verlauf der Aussprache gab der Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erklärung ab:

Auf die Note der deutschen Regierung, in der sie gegen die Entschiedenheit über Oberschlesien als gegen eine Ungeheuerlichkeit und eine Verletzung des Friedensvertrages Verwahrung einlegt, hat die Botschafterkonferenz erwidert, daß sie den Einspruch der deutschen Regierung als un-

begründet, null und nichtig ansieht; sie hat erklärt, von der Mitteilung nur die bedingungslos und vorbehaltlos Erklärung der deutschen Regierung festhalten zu wollen, wonach sie sich allen Anordnungen der Entschiedenheit vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen füge wird. Ich will demgegenüber feststellen, daß durch die Antwort der Botschafterkonferenz die Tatsache der Einlegung einer Verwahrung nicht aus der Welt geschafft wird. Unsere Verwahrung wird nicht dadurch beseitigt, daß sie zurückgewiesen wird. Sie bleibt vor der Geschichte für alle Zeit bestehen.

## Zum sächsischen Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921.

Von Ministerialdirektor Dr. Hedrich.

II.

Um aus den einzelnen Kapiteln des neuen Etats die wesentlichen Punkte herauszuheben, so fällt gleich bei Kap. 1 (Posten) in die Augen, daß dieser Etat bei 82 Mill. M. weniger Einnahmen und 44½ Mill. M. mehr Ausgaben gegenüber dem Haushaltplan 1920 mit einem um 126½ Mill. M. geringeren Überschuss, und zwar im ganzen nur noch mit einem Überschuss von 30 Mill. M., abschließt. Der Grund der bedauerlichen Abminderung der Einnahmen — bedauerlich um deswillen, weil die Fortverwaltung bisher von allen Verwaltungen außer der Steuerverwaltung die höchsten Überschüsse an die Staatskasse abfließen — liegt darin, daß noch ein Teil von dem starken Einschlag des Rechnungsjahres 1920 unverkauft in das neue Rechnungsjahr übernommen, daß deshalb und, um nicht Kaubau zu treiben, der Anschlag des Rechnungsjahres 1921 erheblich herabgesetzt werden mußte und endlich darin, daß auch die im Jahre 1920 erzielten hohen Holzpreise der Veranschlagung für 1921 nicht zugrunde gelegt werden konnten. Geringere Überschüsse als 1920 lassen ferner von den wichtigsten staatlichen Betrieben die staatlichen Kohlenwerke (— 1 305 685 M.) und die staatlichen Verkehrsunternehmungen (— 1 568 390 M.) erwarten, und zwar schließen bei letzteren die staatlichen Straßenbahnen, die im vorigen Etat noch mit einem Überschuss von 82 000 M. veranschlagt waren, diesmal mit einem Zuschuss von 1 636 070 M. ab, während die erwerbslos gewordenen staatlichen Kraftwagenlinien mit einem Überschuss von 95 540 M. (Etat 1920: ± 0) eingestuft sind. Als sonstige Überschussverwaltungen treten im neuen Haushaltplan insbesondere die Domänenverwaltung mit 1 024 871 M., die Porzellanmanufaktur Meissen mit 1 100 000 M., die staatlichen Elektrizitätsunternehmungen mit rund 18 Millionen Mark, die Landeslotterie mit über 6 Millionen Mark, die neugegründete und noch im Aufbau befindliche Staatsbank mit 1¼ Mill. M. und die Allgemeine Rentenverwaltung mit rund 46½ Mill. M. auf. Bei letzterer haben die Zinsen von dem durch die Übernahme der sächsischen Staatsschulden gedeckten Reife der sächsischen Staatsbahn in das Eigentum des Reiches infolge der inzwischen errechneten Erhöhung der Abschreibungssumme eine Zunahme von 2 316 680 M., dagegen die Zinsen von Verleihen und sonstigen Ausleihungen, insbesondere infolge der inzwischen erfolgten Abbildung der Reichsschulden der Reichsbank, eine Abnahme von 3 692 000 M. erfahren. Das Eisenbad ist zwar mit einem Zuschuss von 3 782 000 M. veranschlagt; doch ist dieser Zuschuss wesentlich durch größere Ausgabebestimmungen bedingt, die nur einmalig für Verbesserungen der technischen Einrichtungen des Bades (1 504 000 M.) und des baulichen Zustandes der gesamten Bade-, Betriebs- und sonstigen staatlichen Gebäude in Elster vorgesehen sind.

Geldlich am meisten ins Gewicht fallen von den Überschusskapiteln diejenigen, welche die Erträge der Steuern und Abgaben und die Überweisungen des Reichs nachweisen. Unter den sächsischen Landessteuern begegnen uns die alte Grundsteuer nach dem Satz von 20 Pf. für die Steuereinheit nahezu mit dem Betrage des Boretats (rund 27½ Mill. M.). Die neue Grundsteuer, die jedoch erst vom 1. Juli 1922 ab wirksam werden können und, wie zur Beruhigung zweifelnder Gemüter hier betont sein mag, auf das Jahr 1921 nicht rückwirkend erkräftet werden. In etwas vermindertem Betrag erscheint wiederum die Schlachtsteuer (3 Mill. M.), während die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen und die landbesitzliche Stempelsteuer infolge der eine Steigerung der Säge voriehenden neuerlichen Erhebung gegen das Boretatsjahr um 1 814 000 und 7½ Mill. M. höher veranschlagt werden konnten (erlere mit 1 900 000 M., letztere mit 12 Mill. M.). Auch aus dem Anteil Sachsens an den indirekten Steuern, insbesondere der Erbschaftsteuer, Grundbesitzsteuer und der Umsatzsteuer, lassen sich rund 40½ Mill. M. höhere Einnahmen, als im

Boretal vorgelegt waren, erwarten, im ganzen 77 Mill. M. Die früheren sächsischen Steuer- und Zollgrundstücke sollen dem Besizer nicht zu Eigentum, sondern nur mietweise zur Benutzung überlassen werden. Der Mietzins hierfür wird der Staatklasse einen Beitrag von 1 Mill. M. erbringen. Von sonstigen Zuweisungen des Reichs an die sächsische Staatklasse sind noch rund 74 Mill. M. zu erwähnen, die das Reich als Rechtsnachfolger aus Anlaß der am 1. Januar 1921 in Kraft getretenen Erhöhung der Ausgleichszuschläge zu den Besoldungen der Beamten usw. zu erhalten hat. Diese erhöhten Ausgleichszuschläge bis 70 Proz. des Grundgehalts, der Grundvergütung und des Ortszuschlags und bis zu 150 Proz. der Kinderbeihilfen sind bei den einzelnen Kapiteln des Etats mit in Rechnung gestellt, während die neuerliche, erst am 1. August 1921 in Kraft getretene Erhöhung der Ausgleichszuschläge bis 93 Proz. und der Kinderbeihilfen bis 200 Proz., insoweit Beamte und Lehrer in Frage kommen, im vorliegenden Etat nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Da auch insoweit das Reich die Rechtskosten übernimmt, wird der sächsische Haushalt durch diese Ausgaben nicht belastet.

Was endlich die Reichseinkommensteuer und die Reichskörperschaftsteuer anlangt, so ist unser Landesanteil daran im Haushaltsplan für 1921 mit 500 Mill. M., demnach mit rund 55 Mill. M. höher als im Boretal, vorgelegt. Selbstverständlich kann es sich hier nur um eine vorläufige und ganz unsichere Schätzung handeln. Es ist bekannt, wie die zugleich mit der neuen Reichsteuererhebung vorgenommene vorzeitige Zerstückelung der einzelstaatlichen Steuerverwaltungen, vor der derzeit die Reichsregierung gerade von der sächsischen Finanzverwaltung wiederholt und eindringlich gewarnt worden war, eine völlige Verzerrung im gesamten Steuerwesen hervorgerufen und die Finanzwirtschaft von Reich, Ländern und Gemeinden nahezu lahmgelegt hat. So ist es gekommen, daß eine endgültige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer und Reichskörperschaftsteuer bisher weder für das Rechnungsjahr 1920 noch für das Rechnungsjahr 1921 hat durchgeführt werden können. Da somit die Reichsfinanzbehörden auch heute noch nicht annähernd zuverlässige Angaben über das voraussichtliche örtliche Aufkommen an Reichseinkommensteuer und Reichskörperschaftsteuer mitzuteilen in der Lage sind, vermögen die Finanzverwaltungen in Reich, Ländern und Gemeinden weder die Rechnungen für 1920 mit einem endgültigen Ergebnis abzuschließen noch einen einigermaßen verlässlichen Haushaltsplan für 1921 aufzustellen. Es waren — leider nicht allenfalls unbedeutend — harte Worte, welche die Reichsfinanzverwaltung auf der Tagung des sächsischen Gemeindetages in Chemnitz im Oktober dieses Jahres hierüber aber sich ergeben lassen mußte. Bewußt wird man der Meinung sein können, daß die Schonzeit, die den neuen Reichsfinanzbehörden zu ihrer Einrichtung billigerweise zubilligt werden mußte, nun zu Ende sein dürfte und die endgültige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer und Reichskörperschaftsteuer für die beiden Rechnungsjahre 1920 und 1921, die eine Vorbedingung für eine geordnete Finanzwirtschaft im Reich, in den Ländern und Gemeinden (politische wie Kirchengemeinden) ist, mit allen Mitteln und Kräften allerhöchster Eile durchgeführt werden möchte — eo quae coeque; denn es gehen, solange in jahrelangem Zwischenraum Arbeiter und Festangestellte horribile dicta! die einzigen Steuerzahler sind, Milliarden aber Mil-

liarden den Steuerlasten verloren, einmal, weil immer mehr Kapitalien ins Ausland und durch luxuriösen Aufwand im Inlande verschwinden und zum anderen, weil viele Steuerzahler später gar nicht mehr in der Lage sein werden, die gleichzeitig oder in dichter Aufeinanderfolge erscheinenden verschiedenen Steuerzettel zu begleichen. Wenn aber hierzu von verschiedenen Rednern auf dem Gemeindetage in Chemnitz gefordert worden ist, daß die gesamte Verwaltung der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Grundgewerbesteuer den Gemeinden wieder übertragen werden möchte, so will es mir doch erscheinen, als gehe dieser Vorschlag weit über das Ziel hinaus. Es hieße doch das Rad der Zeit rückwärts drehen und kurz vor der Vollendung des neuen Reichssteuergebäudes den ganzen Neubau wieder abtragen, wollte man auch die Verwaltung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, die ebendem zwar in Sachsin vorbildlich eingerichtet war, in manchem anderen deutschen Lande aber zweifellos recht viel zu wünschen übrig gelassen hatte, den Ländern und Gemeinden zurückgeben. Die nächste Folge davon wäre jedenfalls die, daß Reich, Länder und Gemeinden sich bezüglich der endgültigen Veranlagung dieser Steuern auf das laufende Rechnungsjahr mindestens ein weiteres Jahr zuwartend verhalten müßten, da früher die Umorganisation kaum durchgeführt wäre. Dies in einem Zeitpunkte zu fordern, wo endlich nach mühevoller Arbeit — denn es ist in den neuen Reichsfinanzbehörden zweifellos bis zur Grenze des Möglichen gearbeitet worden — das große Werk seiner Vollendung entgegengeht und die ganze Mechanik in Gang kommen soll, will mir im höchsten Maße ungewöhnlich und überdies völlig ausschließend erscheinen. Wohl aber dürfte der Teil des Vorschlags, der auf die endgültige Übertragung der Verwaltung der Umsatzsteuer und der Grundgewerbesteuer auf die Gemeinden gerichtet ist, recht ergebniswert sein. Abgesehen davon, daß gerade auch bei diesen beiden Steuern eine spezielle Kenntnis der örtlichen Verhältnisse Voraussetzung für eine umfassende und gerechte Erhebung ist, werden sich die Reichsfinanzbehörden vor der Gefahr hüten müssen, sich durch Übernahme zu vieler Aufgaben zu wasserpolartigen Gebilden auszuwachsen. Auch hier wird es heißen müssen: In der Beschränkung zeigt sich der Meister. Unter Wahrung der Reichseinheit sind Zentralisation und Arbeitsteilung im weitesten Umfange geboten. Nur so werden die Reichsfinanzbehörden diejenigen Steuern, die sie in welcher Selbstbestätigung in eigene Verwaltung übernehmen, mit der erforderlichen Gründlichkeit bearbeiten können. Da mit der Reichseinkommensteuer und der Reichskörperschaftsteuer (selbstverständlich auch die Reichsvermögenssteuer, die Vermögenszuwachssteuer, die Besitzer- und noch sonst noch an dergleichen neuen Besitz- und Vermögenssteuern die Zukunft bringen wird, in einer Hand vereinigt bleiben müssen und schon wegen der angustierenden Verwaltungvereinfachung Zusammengehöriges (z. B. auch die Veranlagung der Kirchensteuern) nicht von verschiedenen Behörden getrennt veranlagt werden darf, wird das Arbeitsgebiet der Reichsfinanzbehörden bei Durchführung obigen Vorschlags reichlich groß genug bleiben, zumal da sie in Zukunft es als ihre oberste Aufgabe werden ansehen müssen, die Veranlagung und Erhebung der einmal beschlossenen Steuern im Interesse der Finanzen der beteiligten öffentlichen Körperschaften wie im Interesse der Steuerzahler selbst mit der unbedingt gebotenen Beschleunigung rechtzeitig durch-

zuführen. Ebenso wie eine Teilung in der Verwaltung der einzelnen Steuern, möchte aber vor allem auch eine reichliche und großzügigere Erhebung bei der Zuweisung der einzelnen Steuerarten an Reich, Länder und Gemeinden von Vorteil sein, um den Ländern und Gemeinden ihre Fortexistenz zu ermöglichen, eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung gegenüber dem jetzigen Durcheinander bei dem gemeinsamen Können aus derselben Steuerquelle herbeizuführen und die Gemeinden in die Lage zu setzen, die unzulässigen kleinen und kleinsten Steuern wieder aufzuheben, die dem Steuerzahler nur Arbeit und Verdruß bereiten, aber kaum die Kosten des dafür nötigen Verwaltungsapparates einbringen. Endlich wird sich der Reichstag, der jetzt vor der unermesslichen Notwendigkeit steht, einen Regen von neuen Steuererlassen auf die vielgeplagte deutsche Menschheit niederzupflanzen zu lassen, davor hüten müssen, diese neuen Steuererlasse, soweit deren Verwaltung den Reichsfinanzämtern übertragen werden muß, bereits zu einem Zeitpunkte in Kraft setzen zu wollen, wo die bisher beschlossenen Reichssteuern, insbesondere die Reichseinkommensteuer und die Reichskörperschaftsteuer, noch nicht erstmalig und endgültig veranlagt und eingehoben worden sind. Erschäcke dies, so würde die Arbeitsüberlastung in den Reichsfinanzämtern sich zu einem chronischen Übel auswachsen und die Hoffnung, daß man endlich einmal wieder Ordnung in das ganze Steuerwesen gebracht und die Steuermaschine reibungslos zu laufen beginnen werde, auf lange Zeit hinaus begraben werden können.

Bei der Veranschlagung des im Jahre 1921 zu erwartenden sächsischen Anteils an der Reichseinkommensteuer und der Reichskörperschaftsteuer blieb im Rangel jedweder späterer Schätzungsunterlagen nichts übrig, als von dem vorläufigen Ergebnisse des Rechnungsjahres 1921 und von der Annahme auszugehen, daß zu dem dem Lande auf das Jahr 1920 vorläufig überwiefsenen Beitrag noch schätzungsweise etwa 67 Mill. M. = 2/3 Anteil des Landes (für Staat und Gemeinden zusammen) auf das Rechnungsjahr 1920 an der bisher noch nicht veranlagten Körperschaftsteuer treten werden. Hieraus beruht der im Etat 1921 gegenüber dem Boretal vorgegebene Mehrbetrag an Reichseinkommensteuer und Reichskörperschaftsteuer in Höhe von rund 55 Mill. M. Jede andere, insbesondere jede höhere Veranschlagung der Erträge dieser beiden Steuern für das Rechnungsjahr 1921 wäre ein Schritt ins Dunkle gewesen. Mit dem gleichen Rechte, mit dem man die Summe in Kap. 20 Titel 6 um 100 Mill. hätte erhöhen können, würde man in der Lage gewesen sein, sie um 300 Mill. höher einzusetzen. In derselben Weise, wie die sächsische Regierung, sind auch andere Staaten bei der Aufstellung ihrer diesjährigen Etats verfahren. Trotz der vorsichtigen Einstellung wird man sich indes mit der Hoffnung trösten können, daß die Anteile des Landes und der Gemeinden an den beiden Steuern wesentlich größer sein werden, als sie die jetzige Veranschlagung vorsieht, wenn erst einmal ihre endgültige Veranlagung und Erhebung durchgeführt sein werden. Zu dieser Hoffnung berechtigt noch der weitere Umstand, daß es bei dem derzeitigen Maßstabe der Verteilung der beiden Steuerarten zwischen Reich, Länder und Gemeinden billigerweise nicht wird bleiben können, wenn anders das Reich die Länder und Gemeinden nicht finanziell zugrunde gehen lassen will. Daß diese nach Vereinfachung ihrer Steuerhoheit mit den ihnen jetzt vom Reich gelassenen Steuerarten und vom Reich zugewiesenen Steuer-

anteilen völlig außerhande sind, die finanziellen Kosten ihrer Wirtschaft zu tragen, beweisen die chronisch gewordenen Verluste ihrer Etats. Wenn diese bisher dank der enormen Geldflüssigkeit recht und schlecht durch Aufnahme von Krediten noch haben gedeckt werden können, so ist doch das Reich selbst ganz wesentlich daran interessiert, daß seine Gläubiger nicht immer tiefer in Schulden und damit immer näher dem Abgrunde geraten, aus dem es schließlich keine Rettung mehr gibt. Deshalb wird das Reich, je früher desto besser, Vorgebrungen auf eine andere Steuerverteilung zu kommen müssen, dies insbesondere dann, wenn das Reich wie bisher fortfährt, Ländern und Gemeinden neue Aufgaben, die es in den Bereich seiner Gesetzgebung zieht, zur Durchführung mit eigenen Mitteln zuzuwenden. Hier werden Länder wie Gemeinden das Reich fortgesetzt an die in § 56 Absatz 3 des Landessteuergesetzes gegebene Zusage erinnern müssen, wonach insoweit, als neue Aufgaben vom Reich den Ländern oder den Gemeinden übertragen werden, eine entsprechende Änderung des gewährleisteten Mindeststeuerbetrags erfolgen soll. Daß der garantierte Mindeststeueranteil, den Länder und Gemeinden nach § 56 des Landessteuergesetzes mit dem Betrag ihrer Steuererlöse zusammen im Jahre 1919 + 25 Proz. erhalten sollen, unter ganz anderen wirtschaftlichen, insbesondere ganz anderen Geldverhältnissen festgesetzt worden ist, als sie heute bestehen, und deshalb ohnehin sich schlechterdings nicht weiter aufrechterhalten läßt, sei nur nebenbei bemerkt. Ebenso werden die Gemeinden die Erfüllung der vom Reich gegebenen Zusage fordern können, ihnen für die Vereinfachung der im ursprünglichen Reichseinkommensteuergesetz gegebenen Möglichkeiten der Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens durch die Gemeinden vollen Ersatz zu geben. Hiernach dürfte die Aussicht für Länder und Gemeinden, aus der Reichseinkommensteuer und der Reichskörperschaftsteuer doch noch größere Beträge zu erhalten, als ihnen bisher zugewiesen worden sind, nicht ungründlich sein. Und unter diesem Gesichtspunkte wird auch der jetzt in Kap. 21 (früher in Kap. 19) eingestellte Etatbeitrag in Höhe von 700 Millionen Mark als ein solcher zu betrachten sein, der aller Voraussicht nach im endgültigen Ergebnisse eine wesentliche Verbesserung erfahren wird.

### Erklärungen Stegerwalds zum Rücktritt seines Kabinetts.

In der gestrigen Ausgabe der Zeitung „Der Deutsche“ veröffentlicht der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald, der nunmehr endgültig auf seine Teilnahme am neuen preussischen Kabinett verzichtet hat, unter der Überschrift „Mein Rücktritt“ einen Aufsatz, in dem er zunächst feststellt, daß es wieder in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung und daneben im Reichstage tätig sein würde. Er sei in den letzten 2 1/2 Jahren sehr gegen seinen Willen preussischer Minister gewesen. Er habe eine breite politische Koalition für eine staatliche und deutsche Erziehungsgesetzgebung und die deutsche Erziehungsgesetzgebung gehalten. Der Zugang zur Koalition habe gesucht werden müssen bei einer Partei, die rechts vom Zentrum stand. Mit einer bloßen Vertretung der Koalition nach links wäre das Ziel, das deutsche Volk vor den Untergang zu retten, nicht zu erreichen gewesen. Mit Parlamentärsuchheiten allein lasse sich kein politisch machen. Mit einer bloßen Parlamentsmehrheit ein Reich von 60 Mill. Menschen zu regieren, dessen Staats- und Finanzkraft völlig

## Wissenschaft und Kunst.

Tredden, 8. November.

### Eine neue Theorie des Sehens.

Das Sehen ist ein sehr komplizierter Vorgang, um dessen Erklärung der menschliche Geist sich schon viel bemüht hat, ohne daß es ihm gelungen wäre, ihn in seinen elementaren Vorgängen zu erklären. Dies versucht nun eine neue Theorie des Sehens, die Dr. Fritz Schanz in einem Aufsatz der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ vorträgt. Er vertritt die Anschauung, daß das Licht auf das Auge nicht anders wirkt als sonst in der Natur. Er geht von der Erscheinung aus, daß die Linse unseres Auges beständig im Licht fluoresziert. Es wird also in der Linse eine Strahlung höherer Energie in eine Strahlung geringerer Energie verwandelt, und dieser Energieverlust ist nur dadurch zu erklären, daß die Veränderungen, die sich bei allen Menschen im Laufe des Lebens an der Linse zeigen, Wirkungen dieses Prozesses sind. Mit zunehmendem Alter verhärtet sich nämlich der Kern der Linse, und wir werden weitsichtig. Es bilden sich im Kern der Linse aus Stoffen der leichtlöslichen schwerlöslichen Eiweißkörper, die zwar sind es die kurzwelligen Lichtstrahlen, dieselben, welche die Fluoreszenz des Linseweisses erzeugen, die von dem Linseneweiss absorbiert werden und die Altersveränderungen hervorrufen. Schanz hat nun durch verschiedene Versuche nachgewiesen, daß auch die anderen Eiweißkörper in der Natur lichtempfindlich sind und in ganz derselben Weise durch Licht verändert werden wie das Eiweiß der Linse. Da das Plasma der lebenden Zelle vor allem aus Eiweiß besteht, so wirkt das Licht auf die lebende Substanz genau so ein wie auf die Augenlinse. Die Wirkungen des Lichtes auf das Eiweiß werden ausschließlich durch die kurzwelligen Lichtstrahlen erzeugt, die vom Eiweiß

absorbiert werden. Damit auch langwelligeres Licht geologisch wirksam wird, bedarf es der Gegenwart von Sensibilisatoren, und dies sind die Farbstoffe, die mit den Eiweißkörpern verbunden sind. Es lassen sich aber solche Sensibilisatoren überall in der Tier- und Pflanzenwelt nachweisen, und die physikalischen Vorgänge bei dieser Sensibilisation sind von Schanz aufgeklärt. In der Physik beschäftigt man sich jetzt viel mit der lichtelektrischen Bestrahlung. Läßt man nämlich kurzwelliges Licht auf eine Metallplatte fallen, so werden aus dem Metall Elektronen herausgeschleudert; diese herausgeschleuderten Elektronen kann man auffangen und mit einem Elektrometer messen. Es ist nun nachgewiesen worden, daß fluoreszierende Farbstoffe in hohem Grade lichtelektrische Bestrahlung zeigen. Der Vorgang vollzieht sich so, daß die Strahlen, die von den Sensibilisatoren absorbiert werden, aus diesen negative Elektronen herausgeschleudern; diese werden von dem Eiweißmolekül aufgefangen und erzeugen an demselben die Veränderungen, die Schanz im Versuch feststellen konnte. Auf diese Weise wirkt das Licht allenfalls in der Natur, und derselbe Vorgang ist nach Schanz auch bei dem Sehen zu erkennen. Das Licht kann nur da zur Wirkung gelangen, wo es absorbiert wird. Bisher hat man die Zapfen und Stäbchen für die lichtempfindlichen Elemente der Netzhaut gehalten. Nun ist es ausgeschlossen, daß diese für die sichtbaren Strahlen empfindlich sind, denn sie sind außerhande, diese zu absorbieren. Absorbiert aber werden die Strahlen gleichmäßig von dem Pigmentepithel der Netzhaut. Nun läßt sich zwar dies Pigment in Mengen, wie zu Versuchen nötig wäre, chemisch rein nicht darstellen, aber man darf wohl annehmen, daß es sich ebenso verhält, wie die zahlreichen anderen Pigmente, die bis jetzt geprüft wurden. Es müssen also durch die einfallenden sichtbaren Lichtstrahlen aus diesem Pigment Elektronen herausgeschleudert werden. Die Zapfen und Stäbchen der Netzhaut sind nun die Antennen, die diese

Elektronen auffangen und zum Zentralorgan weiterleiten. Doch dem Licht verschiedener Wellenlängen verschiedenartige Erregungen im Sehnerven entsprechen, läßt sich aus der verschiedenen Geschwindigkeit der Elektronen erklären. Wie vermögen an Sehnerven die elektrische Erregung als Aktionsstrom zu messen. Durch diese Theorie wird das Sehen aus denselben Lichtwirkungen erklärt, die sich in der ganzen leblosen und belebten Natur nach den Gesetzen der Physik und Chemie nachweisen lassen.

**Kammermusikabend.** Die Mitglieder des Bläser-Quintetts der Staatsoper boten gestern ihren zweiten dieswöchentlichen Abend im Vereinslokal dar. Sie hatten sich diesmal im weiteren Umfang als sonst der Mitwirkung ihrer Kollegen von der Staatskapelle im Hinblick auf die zu spielenden Werke versichert, und auch Theodor Blumer als „Häselmann“ trat wieder mit in Tätigkeit, und zwar gleich in der ersten Nummer der Vortragsordnung. Sie verlegte uns in beschauliche Zeiten und Verhältnisse. Der sogenannte Haderburger Bach wartete uns mit einem natürlich — er war ein Sohn des großen Bach! — eine kundige Hand zeigenden Septett auf, das außer dem Cembalo vor allem noch dem Primgeiger (Edmann Barwas) und dem „Hoboisten“ (Johannes König) reiche Gelegenheiten bot, ihre Kunst zu zeigen. Der Mittelsatz (Dargatto) belehrte den Hörer darüber, daß das Violoncello, dem es entstammt, nicht umsonst auch das empfindsamste Instrument ist, das es gibt. Man bezeichnet es aber auch als das galante, und als eine seiner besonderen Größen nennt man gern des großen Bach zweiten Sohn, Philipp Emanuel. Aber die Fäden-Sonate, die uns Amann mit seiner oft gerühmten Meisterhaftigkeit bot, ist weniger auf den galanten Stil gestellt, als auf einen ernsthaften und sinnigen (Maggio). Es scheint fast auch, als schrie er heutzutage zum Eindeutigen für sein Instrument, vielmehr für seinen Grundmann, seinen Kollegen von des alten Fritz Kammerkonzerten her. Dann

aber gab es im Saale helles Entzücken. Ein köstliches Tonspiel (Duoconcerto) für zwei Klarinetten und Fagott. Arthur Richter, Wilhelm Köstlich und Wilhelm Knochenhauer konnten für sich und den Schöpfer des Werkes, Meister Wojart, stürmischen Beifall in Empfang nehmen. Den glänzenden Abschluß des also in hohem Grade genutzlichen Abends bildete Beethoven's selten gehöretes, darum um so dankbarer begrüßtes Septett (Es-Dur) op. 71.

**Liederabend.** Frau Lydia Burger-Semmler ist in Dresden keine Fremde; ihre kräftige Stimme ruft aus einer langjährligen Tiefe, deren Töne unmittelbar an das Herz greifen. Mitteltage und Höhe sprechen nicht so leicht an, als flackert hier bisweilen die Tongebung. Die Vortragsordnung war ausschließlich Hugo Wolf'scher Art gewidmet. Einzelne Lieder wurden zur Wiederholung begehrt. Das erste der Sängerin den Fingerring geben, was ihrer Weisheit entspricht, denn hier hielten sich Begabung und Ausdruckvermögen die Wage. Immerhin kann man ihr empfehlen, künftig Werke mehrerer Tonsetzer zu wählen, besonders aber solche Gesänge, die in Stimmung und melodischer Linie ihre bezeichnenden Momente unterhalb des eingetragenen „f“ haben. Die Künstlerin mußte sich zu zwei Zugaben („Der soll mein Schatzmann sein“ und „Bin jung gewesen“) verstehen. Am Fagott-Bügel wollte Dr. Arthur Eich mit bekannter Sicherheit und Anpassungsfähigkeit seines Amtes. S. P. **Wojart's C-moll-Messe.** In dem gestrigen Bericht über die Aufführung der Wojart'schen C-moll-Messe ist die Aufführung des Werkes als am 3. April 1911, also vor zehn Jahren, als am 20. Jahren (1901) statt, und Alois Schmitt, der im Jahre darauf farb, leitete sie noch, worüber auch in der von Prof. Otto Schmitt veröffentlichten Wochenschrift „25 Jahre Wojart-Berein“ nachgesehen werden kann.

gebracht sei, und das daneben von den Siegerstaaten aus äußerster Gemüht und Geseßelt werde, sei unmöglich. Er gehe vielmehr von der Frage aus, wie dem deutschen Volke bei der gekennzeichneten Lage das nützlich Leben gerettet werden könne. Man brauche kein Prophet zu sein, um sagen zu können, daß Deutschland, wenn die Reichstagswahl vom Juni vorigen Jahres eine große, tragfähige Regierungskoalition mit eingeschlossener Führung zustande gebracht hätte, sich nicht vor der großen und furchtbaren Katastrophe befände, vor der es heute stehe. Anstatt eine durchgreifende politische Initiative zu ergreifen, hätten die Parteien schon seit 3 Jahren darüber geschritten, ob der Rechten oder der Linken die Schuld am großen Zusammenbruch zugemessen sei. Mit einem solchen Verfahren arbeite man den Organen Deutschlands geradezu in die Hände zur Aufrechterhaltung des verfallenen Vertrages. In einer solchen Lage habe es für ihn keinen Reiz gehabt, ohnmächtig zusehen zu müssen. Er habe trotzdem durchgehalten und jähre für eine breite Koalition gekämpft. Er opfere sich jetzt persönlich diesem großen politischen Gedanken. Er habe in den letzten Tagen nicht unter allen Umständen auf seine Kandidatur für den Reichspräsidenten verzichtet, weil ihm daran gelegen habe, daß die große Koalition, die sehr schwer einzuführen sein werde, nicht durch die Art ihrer Ausführung wieder in kurzer Zeit zerfallen werde. Niemand könne ihm zumuten, daß er in seiner Eigenschaft als vorübergehender Reichspräsident seine eigentliche Lebensarbeit, den deutschen Gewerkschaftsbund und die christlichen Gewerkschaften, auseinanderzuarbeiten oder zerlegen sollte. Das wäre aber eingetreten, wenn er, nachdem er im April gegen die Sozialdemokratie gewählt worden war, ohne eine Neuwahl herbeizuführen, Sozialdemokraten glatte Weg zur Regierung herangezogen hätte. Die Stetigkeit in der Politik sei das erste Erfordernis gegen den völligen Untergang Deutschlands. Als Reichspräsident habe er sich neben der Führung der laufenden Geschäfte dreierlei zum Ziele gemacht, 1. mit allem Nachdruck und aller nur denkbaren Fähigkeit die größte Koalition zu schaffen, 2. zu verhindern, daß durch seine vorübergehende Ministerpräsidentenschaft die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung zerfallen oder auseinandermandantiert werde, 3. auch nach Beendigung seiner schwierigen Mission nach allen Seiten als anständiger Mensch dastehen zu wollen. Dem deutschen Volke aber möchte er zurufen: „Wach auf aus deinem politischen Schlaf. Das gegenwärtige deutsche Parteienland bringt dich, wenn es andauert, rettungslos in den Abgrund!“

**Das Beamtensoldatengesetz im Reichsrat.**

Der Reichsrat hat gestern das neue Beamtensoldatengesetz beraten. Die Ausschüsse haben den Entwurf der Regierung unter der Voraussetzung angenommen, daß Sicherheit dafür besteht, daß auch im Reichstag der Entwurf ohne Änderung angenommen wird, und daß weiterhin die Reichsregierung eine Erklärung abgibt, daß sie bereit sei, in gewissem Umfang die Reichskosten, die Länder und Gemeinden aus der Neuverteilung erwachsen, zur Verfügung zu stellen. Der Vertreter Thüringens erklärte, seine Regierung sei nachdrücklich für eine weitere Verbesserung bei den unteren Beamtengruppen eingetreten und verhoffte sich gegen den Umfang der Erhöhung in den oberen Gruppen. Ähnliche Erklärungen

gaben die Vertreter Hamburgs und Lippe ab. Die Vorlage wurde vom Plenum des Reichsrats mit Stimmenmehrheit angenommen. Für die möglichst umgehende Auszahlung der erhöhten Bezüge ist Sorge getragen worden, sobald der Reichstag die Vorlage verabschiedet hat.

**Der Beamtensoldatengesetz für Fortführung der Besoldungsaktion.**

Von der Zeitung des Deutschen Beamtensoldatenbundes wird dem „M. F. B.“ mitgeteilt: „Der Vorstand des Deutschen Beamtensoldatenbundes hat nach eingehender Erörterung der durch den sprunghaften Niedergang des Marktes geschaffenen unhaltbaren Lage der Beamtenschaft unter Zustimmung der Vertreter der dem Deutschen Beamtensoldatenbund angeschlossenen Gewerkschaften die sofortige Weiterführung der Besoldungsaktion unter folgenden Gesichtspunkten beschlossen: Der Regierung sind sofort, unbeschadet des Abschlusses der gegenwärtigen Vorlage, folgende Forderungen vorzulegen, die sich nach der inzwischen eingetretenen Veränderung der Verhältnisse und nach der Annahme der Gesetzesvorlage in der Beamtenschaft nötig machen:

1. Die für Oktober bis Dezember zu zahlenden Nachzahlungen auf Grund der neuen Besoldungsordnung sind, soweit sie hinter dem Betrage von 2000 Mark für den Beamten und 600 Mark für jeden weiteren, von dem Beamten zu unterhaltenden Angehörigen zurückbleiben, in unmittelbarem Anschluß an die Nachzahlung auf diese Beträge zu erhöhen.
2. Hebung des Einkommens der unteren und mittleren Beamtengruppen auf eine die Befreiung der Lebensnotwendigkeiten sichernde Höhe. Bei der daher sofort in Angriff zu nehmenden Revision der Grundgehälter ist u. a. auf die Planmäßigkeit des Beschäftigung und der Gehaltsätze der einzelnen Besoldungsgruppen zu achten.
3. Sofortige Schaffung von Einrichtungen, durch die unter Beteiligung der Beamtensoldatenorganisationen die kurzfristige automatische Anpassung der Bezüge an die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung erfolgen kann.

**Fortführung der deutsch-französischen Wiederaufbau-Verhandlungen.**

Gestern, Montag, nachmittag wurde im Ministerium für die besetzten Gebiete in Paris eine Konferenz für den Wiederaufbau von elf Gemeinden in der Kampfzone an der Somme durch deutsche Unternehmungen abgehalten. Der Präfekt des Somme-Departements wohnte der Konferenz bei und übertrug die einmütige Zustimmung der Bürgermeister und der Vertreter der gemeinnützigen Gesellschaften der elf Gemeinden.

**Zur Neubildung der preussischen Regierung.**

Der zum preussischen Ministerpräsidenten gewählte sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Braun hat in einem Schreiben an den preussischen Landtagspräsidenten die Annahme der Wahl erklärt. Braun hat dem „Vorwärts“ zufolge die Mitglieder des neuen Kabinetts auf heute, Dienstag, nachmittag zusammenberufen, um mit ihnen den Text der programmatischen Regierungserklärung festzusetzen.

**Die Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung der Renteneempfänger.**

Im Sozialen Ausschuss des Reichstags wurden gestern die Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung der Renteneempfänger bei der Invalidenversicherung weiterberaten. Es wurde beschlossen, die Rentenerhöhung nur den bedürftigen Versicherungsträgern zu gewähren.

**Alene Nachrichten.**

Leipzig, 8. November. Das Reichsgericht verurteilte wegen verurteilter Ausübung militärischer Geheimnisse in zwei Fällen den belgischen Militärbeamten Leon Lazarus Liebmann zu 4 Jahren Gefängnis. Liebmann wurde für schuldig befunden, Ende 1919 und Anfang 1920 in Berlin mehrere Zeugen aufgefordert zu haben, Geheimnisse militärischer oder diplomatischer Art zu erlangen, damit er sie an die belgische Regierung weitergeben könne. Es wurden dem Angeklagten mildernde Umstände zugestanden, da er selbst Belgier ist. Außerdem wurde ihm ein Jahr der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Berlin, 8. November. Die Reichsregierung hat für den 9. November angeordnet, daß in den Ländern, in denen dieser Tag als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, auch in den Reichsbetrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen sei. In den Ländern, in denen der 9. November nicht als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, wird in den Reichsbetrieben gearbeitet. Der der Arbeit fernbleibt, hat mit Lohnverlust zu rechnen. Aus geringfügigen Verzögerungen der Arbeitszeit sollen jedoch keine weiteren Folgerungen gezogen werden.

Wiederholten Anträgen des Ernährungsministeriums nachgehend hat das Verkehrsministerium die Beladung von künftigen Dampfmitteln wiederum vom 9. bis 11. d. M. gesperrt.

Berlin, 8. November. Die Deutsche Regierung hat von der Reparationskommission die Mitteilung erhalten, daß sich die Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin begeben werden, um mit der deutschen Regierung über die Durchführung der vom Garantiefomitee in Ansehung des Zahlungsplans gewünschten Maßnahmen und ihre Ergänzung eine Verständigung abzuhalten.

Wie die „Deutsche Wägen. Ztg.“ erfährt, sind bei der Reichsregierung von der Entente keinerlei Vorstellungen gegen eine Besserstellung der Sozialrentner erhoben worden.

„Freiheit“ und „Vorwärts“ veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf der S. P. D., der U. S. V., der Berliner Gewerkschaftskommission und des A. S. Bundes. In diesem Aufruf wird die Berliner Arbeiterklasse auf Anlaß des dritten Jahrestages der Revolution aufgefordert, in Versammlungen unter freiem Himmel zu demonstrieren. Um 2 Uhr nachmittags sollen die Arbeiter die Betriebe verlassen, und geschlossen zu den Versammlungsorten marschieren.

Die Zeitschrift „Der Aufrichtige“ ist wegen des Auftrages „Wirtsch. Politik“ vom preussischen Ministerium des Innern verbannt worden, weil dieser scharfe Beurteilungen des Reichstags und des früheren Wiederaufbauministers enthalte.

Die „Rote Fahne“ meldet, daß nach einer Nachricht der Wiener „Rosa“ der aus der Strafanstalt Gollnow entlassene Vorsitzende der S. P. D. Brandler vor zwei Tagen in Moskau eingetroffen sei.

Weimar, 8. November. In der gestrigen Sitzung des thüringischen Landtages, die sich bis Mitternacht ausdehnte, wurde nach lebhafter Aussprache die Regierungsvorlage angenommen, wodurch das Reformationsgesetz als gesetzlicher Feiertag aufgehoben und der 3. No-

vember zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Auf der Tagesordnung der für heute vormittag 11 Uhr anberaumten Sitzung steht die Aufhebung der Bußtage.

Königsgrube, 8. November. Auf der Königsgrube trafen mehrere französische Ingenieure ein, die der Direktion mitteilten, daß sie nach der Übergabe von Königsgrube an Polen die Königsgrube übernehmen würden. Nach einer weiteren Meldung will englisches Kapital im Kreise stehen die dortigen Steinlohlenfelder erschließen lassen.

Mainz, 8. November. Wie aus Bingen berichtet wird, wurde dort der Kassierer der S. P. D., Franz Kröhl, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von einem marokkanischen Soldaten getötet.

Mannheim, 7. November. Wie der Verband der Metallarbeiter mitteilt, wird die Firma Benz u. Co., Automobil- und Motorenfabrik, K. O. in Mannheim den Betrieb ihrer Kraftwagenfabrik heute Dienstag, früh einstellen und die gesamte Arbeiterchaft, etwa 3500 Mann, entlassen. Als Gründe werden die fortgesetzten Rundgebungen der Arbeiterchaft angegeben, die mit Versammlungen auf dem Fabriksplatz, Eindringen in die Verwaltungsgedäude und Direktionsbüros sowie Bedrohung der Direktoren verbunden waren, ferner die am Montag früh erfolgte Mißhandlung und Verjagung von Betriebsbeamten. Die Schließung der Werke steht mit den zurzeit schwebenden Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern über Lohnforderungen in keinem Zusammenhang.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 7. November. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung des Reichstags nach dem Frühstück gegen 12 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Branntweinmonopols in Verbindung mit dem Steuergesetz. Auf Vorlesung des Altpräsidenten kam eine deutsch-nationale Interpellation über den Stand der Salva mit der Beratung verbunden werden.

Abg. Ober v. Braun (Duis.) begründet die Interpellation und fragt die Regierung, wie sie gedenke, aus dem gegenwärtigen Dilemma einer Bilanzierung des Haushalts herauszukommen.

Abg. Braun-Stranzen (Soc.) kritisiert die Rede des Finanzministers, die eine allgemeine Entäußerung gemeint sei. Es fehle auch jede Spur von Programmatik. Die beispiellose Beherrschung des Reichstags durch den Finanzminister ist ein Programm zu schaffen, wenn die Regierung es nicht kann. Wenn die Industrie sich gegen Entlastung sträubt, so müsse Sache des Reichstags sein, ihr solchen Eingriff planmäßig zu machen. Sonst muß sie sich den Vorwurf der Gemeinfeindschaft gefallen lassen. Die Reichstagsmitglieder, die bisherige Methoden bei der Kapitalbesitz eingestrichen, dazu hat der Minister nicht den Mut gefunden. Was er doch das Band zerreißen, welches das Privatkapital um ihn gefangen hat. Den dritten Reichstagspräsidenten muß die Notwendigkeit, zu den Kassen herangezogen zu werden, damit festgemacht werden, daß man ihnen sagt, das Privatkapital werde in viel höherem Grade herangezogen.

Abg. Gerold (Z.) sieht keine Veranlassung von vornherein dem Finanzminister mit Straßtrauen zu begegnen. Die Rede machte den Eindruck, als wolle sie eine Aufforderung an Frankreich sein, rücksichtslos seine Forderungen einzutreiben. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Redner nimmt den Minister gegen den Vorwurf zu großer Gemeinfeindschaft bei der Bekräftigung des Beschlusses in Schutz. Man sollte nicht immer jedes Geiz für sich allein ansehen, sondern die ganze Summe in Betracht ziehen, um ein richtiges Bild von der Erfüllung des Beschlusses zu gewinnen. Redner wagt vor dem Experiment, an die Stelle der Grundbesitzer

**Wissenschaft und Technik.**

Neue Expeditionen zur Nachprüfung der Relativitätstheorie werden von England und Amerika angerechnet werden, um im September nächsten Jahres die totale Sonnenfinsternis zu beobachten. Die Forschungsreisen gehen nach der Nordwestküste des westlichen Australiens, wo die längste Dauer dieses Himmelsvorganges vom festen Land aus beobachtet werden kann. Die englische Expedition hat zu ihrem Beobachtungsort die Weihnachtsinsel, etwa 2000 km nordwestlich von der australischen Küste, ausgewählt, während das amerikanische Süd-Oberobservatorium Hallowal an der australischen Küste ertoren hat. Der Hauptzweck der Expeditionen besteht darin, von den Sternen in der Nähe der Sonne in dem Augenblick der völligen Verschattung photographische Aufnahmen zu machen und diese Aufnahmen zur Prüfung der Eintheilung der Theorie zu benutzen, indem die Lage der Sterne auf den Photographien der Sonnenfinsternis mit Photographien derselben Sterne verglichen wird, die nach diesem Vorgange genommen werden. Die englische Expedition wird auf der Weihnachtsinsel bleiben, bis die Sonnenfinsternis vorbei ist, um so die Vergleichsphotographien unter ganz denselben Bedingungen zu erhalten, während die Amerikaner, die umwiegend längere Zeit in Hallowal bleiben können, sich zu diesem Zwecke nach der Insel Tahiti begeben, die fast unter demselben Breitengrad wie Hallowal liegt.

Der Londoner Professor G. Wilson, der soeben mit dem Kelvin-Preis ausgezeichnet worden ist, hat durch eine lange Reihe von Untersuchungen die magnetischen Eigenschaften der Mineralien erforscht und die Bedeutung der Magnetnadel für die Auffindung verborgener Erzlager erkannt. Wie er in Londoner Blättern berichtet, hat man während des vergangenen Jahrhunderts viele Lager magnetischen Eisenerzes, des sog. Magnetit, mit Hilfe des Kompaß festgestellt, und besonders in Schweden wurden auf diese Weise große Lager entdeckt.

Aber für andere Erze, die weniger stark magnetisch waren, konnte man den Kompaß bisher nicht verwenden. Wilson hat nun die besonderen magnetischen Eigenschaften von über 50 verschiedenen Mineralien und anderen Stoffen festgestellt und gezeigt, wie der Kompaß auf diese Substanzen reagiert. Dadurch ist es jetzt für den geologischen Sachverständigen möglich, das Vorkommen von Lagern schwachmagnetischer Erze, die in der Erde verborgen sind, festzustellen und in bestimmten Fällen sogar mit Hilfe der Magnetnadel die Mächtigkeit und Natur dieser Lager zu erkennen. Es werden also dadurch kostspielige und langwierige Bohrungen und Grabungen nach Erzlagern erspart. Die Methode Wilsons ist bereits während des Krieges in England vertriebt und angewendet worden und man hat dort mit Hilfe des Kompasses riesige Lager von Eisenerzen festgestellt, die jetzt ausgebeutet werden.

Literatur. Paul Heyse, der große Erzähler, hatte eine heimliche und in mancher Hinsicht unglückliche Liebe zum Drama, und der sonst vom Ruhm Verhüllte hat mit leidenschaftlicher Energie um Theatererfolge geworben. So hat er auch immer wieder versucht, die erste Bühne des damaligen Deutschlands, das Burgtheater, für sich zu gewinnen. Dieses lange und harterfüllte Ringen des Dichters schildert auf Grund veröffentlichter Briefe Dr. J. D. Katschian in einem Aufsatz der „Deutschen Revue“. Laube führte zuerst sein Trauerspiel „Die Sobirerinnen“ am 1. April 1859 im Burgtheater auf, aber mit deutlichem Mißerfolg. Dann nahm er schon im nächsten Jahre das Schauspiel „Die Grafen von Eiche“ an, das es aber nur zu vier Vorstellungen brachte. Die Bühne überhaupt drohte sich Heyse mit seinem vielgepielten Schauspiel „Hans Lange“, und dieses ist auch im Burgtheater in verschiedenen Epochen mit Beifall gegeben worden. Dingeldeit nahm unter seiner Direktion die Stadt, das schon 1864 gegeben worden war, wieder auf, und Heyse dankte ihm in einem längeren Schreiben für die „Wiederbelebung eines

Scheintoten“. „Schön wäre es“, fährt er fort, „wenn damit endlich der Bann gebrochen wäre, der bisher, trotz alles persönlichen Wohlwollens, dessen ich mich von seiten Laubes zu erwehren hatte, meine theatralischen Schicksale in Wien zu hemmen schied. Und so wage ich es denn, Ihr freundliches Interesse für ein anderes, bisher nicht eben vom Glück begünstigtes Geschöpf zu erbitten, von dem ich freilich selbst am besten weiß, wie gänzlich umstände sich vereinigen müssen, um es zur Geltung zu bringen.“ Es war sein Revolutionsdrama „Die Göttin der Vernunft“, das aber Dingeldeit schon aus politischen Gründen im Jahre 1871, so kurz nach der Kommune nicht geben wollte. Des weiteren wickelt dann Heyse mit seinem Trauerspiel „Eusebe“ um die Gunst des Burgtheaters, kann sich aber zu der von Dingeldeit gewünschten Änderung des Textes nicht entschließen. Erst Dingeldeits Nachfolger Wilbrandt nahm nach langem Schwanken die „Eusebe“ an, entschloß sich aber fast dessen im Jahre 1885 zur Aufführung des Trauerspiels „Ton Juans Ende“, das nur fünf Vorstellungen erlebte. Immer wieder drängt Heyse in Briefen an Sonnenhof, der nach Wilbrandt die Direktion führte, und an den artistischen Sekretär Alfred v. Berger auf die Aufführung seiner „Eusebe“, die ihm eine „Verzinsangelegenheit“ sei und die nur durch die hohe Kunst Sonnenhofs und der Wollter zur vollen Geltung gebracht werden könne. Er hat aber kein Glück; verschiedene Stücke werden ihm abgelehnt, und erst 1895 nahm der Direktor Rudolph den „Hans Lange“ wieder in den Spielplan des Burgtheaters auf. „Es war mir eine angenehme Überraschung“, schreibt Heyse an ihn am 11. November 1895, „nachdem jahrelang meine dramatischen Arbeiten vom Wiener Burgtheater nicht beachtetigt werden waren, ein so freundliches Entgegen- und Zutreffen von Ihrer Seite zu erfahren. Daß die Wiederaufnahme meines alten „Hans Lange“, der allein schon wegen der glänzenden Fassung des

erzten Freundes Baumeister nicht ganz vergessen zu werden verdient, mir nur erfreulich sein kann, bedarf keiner Versicherung.“ Er bittet aber, nun mit einem neuen Stück zu Wort kommen zu dürfen, und da sein soeben erschienenen Trauerspiel „Vanina Bonini“ abgelehnt worden war, weiß er auf drei neue Entwürfe hin; doch kam keines seiner neuen Werke zur Aufführung. Heyse war daraufhin verstimmt, und als später zu seinem 70. und 80. Geburtstag Stücke von ihm am Burgtheater aufgeführt wurden, blieb er kühl. Von seinen 76 dramatischen Arbeiten, von denen gegen 60 auf die Bühne kamen, wurden im Burgtheater von 1859—1910 acht Stücke zusammen 66 mal gegeben.

Hofmannsthal's „Jedermann“ hatte in Magdeburg in der von Intendant Bogner eingerichteten Aufführung in der Marienkirche bei weitaus besserer Stimmung einen vollen Erfolg.

Wilhelm v. Scholz' Schauspiel „Wettlauf mit dem Schatten“, das bereits bei seiner ersten Aufführung durch die Stage Society am Royal-Court-Theater in London einen großen Erfolg davontrug, bildet nunmehr das Repertoirestück des Coventryman Theatre in London.

Der französische Dichter André Gide veröffentlicht in der „Nouvelle Revue Française“ bemerkenswerte Betrachtungen über die geistigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Er kommt zu dem Schluss, daß Frankreich im eigenen Interesse die Wiederaufnahme der geistigen Beziehungen zu Deutschland erstreben müsse, und zwar unter Wahrung der nationalen Eigenart auf französischer und auf deutscher Seite.

Stilbende Kunst. Der Berliner Koler Lejter Ury wurde am Anlaß seines 60. Geburtstages zum Ehrenmitglied der Berliner Sezession ernannt. Eine Vorstandsabordnung unter Führung von Lovis Corinth überbrachte ihm die Urkunde.

mit einmal die Ertragswerte als Grundlage für die Besteuerung treten zu lassen. Für eine gesunde Steuerentlastung sei Stetigkeit erforderlich. Die Umsatzsteuer gebe ebenso zu Bedenken Anlaß, wie alle übrigen direkten und indirekten Steuern. Man dürfe schließlich die Industrie auch nicht in Steuern extraktieren, da sie die Zahlung der Reparation möglich machen solle. Er hoffe, daß die Parteien sich schließlich alle hinter die Regierung stellen würden, auch die Partei der Rechten, die bisher abweisend handelte.

Abg. Köhne (Bayerische Volksp.) bedauert, daß die Regierung nicht den Mut hatte, der Entente einmal offen über die Verhältnisse Aufschluß zu geben. Die Steuerentlastung sei ebenfalls ein Beweis dafür, daß wir am Ende unserer Kräfte stehen. Am so schlimmer ist es, daß auch jetzt noch die innere Zerrissenheit nicht verschwinden will. Wir müssen und selber helfen. Das will nun die Steuerentlastung bewirken. Auch wir sind der Ansicht, daß der Ausschuss hier noch viel Arbeit finden wird.

Abg. Tietzsch (Dem.) sieht die einzige Schuld an unserem Finanzelend in der Reparationslast. Solange die Entente an ihren Forderungen festhält, muß sie die Verantwortung für unseren Zusammenbruch tragen. Dazu kommt die zunehmende Arbeitslosigkeit im Ausland. Auch daran trägt die Entente die Schuld. Dabei muß namentlich angedacht der Entscheidung über Oberösterreich unsere Agitation einwirken. England und Amerika trüben in der Gedankenlosigkeit ihrer Unterstützung des französischen Diktors das Unangenehmste. Was die Sozialdemokratie hier von der Notwendigkeit der Erfüllung der Sachwerte hervorbringt, zeugt von gänzlichem Unkenntnis und Verneinung der Tatsachen. Die Regierung sollte aber nicht solches Papier verschreiben und Anordnungen erlassen, die doch kein Mensch befolgen kann. Eine Verordnung hebt die andere auf. So kann schließlich nicht eine einzige Steuer zur Betanlagung kommen. Hier wäre eine Generalreform am Platze. Wir wollen der Regierung keine unnötigen Schwierigkeiten in den Weg legen. Auch und scheint die Stabilisierung der Reichsmark das wünschenswerteste Ziel. Aber wir sind dagegen, die letzten Restbestände unserer Reichsbank an dieses Experiment zu wagen. Wenn die Reparationskommission unsere Zahlungen eine Zeitlang fänden würde, könnten wir unsere inneren Schwierigkeiten in Ordnung bringen.

Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt: Wir wollen unseren guten Willen bei der Erfüllung des Ultimatums zeigen. Mehr haben wir auch bei seiner Annahme nicht versprechen können. Wenn die Entente damals das Ruhrgebiet besetzt hätte, hätten wir auch jetzt vor dem industriellen Zusammenbruch. Wir müssen die Ausfuhr fördern. Aber auch darin werden wir durch die Entente behindert. Ungeheurer Mengen französischer Luxuswaren werden eingeführt. Entweder wir trinken nun den französischen Champagner und Cognac und spielen auf die Reparation, oder wir erschweren den Zugang zu den Wein- und Liqueurwaren. Hier stoßen wir freilich auf Verhandlungslosigkeit. Wir wollen einen Geschenkwert einbringen, der das freie Spiel in Devisen einschränkt und die maßlose Spekulation eindämmt. Es ist verständlich, daß Kaufleute Devisen zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen. Aber wir müssen vielleicht doch an das Ausland herantreten, damit dieses uns hilft, die von Devisen im Ausland hinterlegten Devisen herauszuholen. Wegen einer Anleihe im Ausland sind Verhandlungen mit der Industrie geschlossen worden, die wieder zu keinem Ergebnis geführt haben. Bleibt der Dollar auf der gleichen Höhe, so sehe ich sehr schwarz auch für die innerpolitische Lage.

Abg. Dr. Hellfischer (Fnl.): Es ist bezeichnend für unsere Verhältnisse, daß der Reichstag in dieser eigenartigen finanziellen Lage sich einem Minister gegenüber befindet, der seinen Posten nur im Nebenberuf ausübt. Wir sind an solchen Zustand gewöhnt. Besonders der Reichszentralrat hat ja bislang das Finanzministerium mitverwaltet, genau so, wie er jetzt das Außenamt so nebenbei mit erledigt. Wir verlangen als Reichszentralrat einen ganzen Mann, ebenso wie für jeden Ministerposten. Rechner geht dann auf den Steuerentwurf ein und stellt fest, daß der Gehaltstrag 182 Milliarden beträgt. Die inneren Bedürfnisse verlangen 104 Milliarden im Jahre, dazu kommen die Reparationen mit 74 Milliarden. Mit den Gehaltserhöhungen, die bevorstehen, müssen wir mit inneren Ausgaben von 120 bis 130 Milliarden rechnen ohne die Reparationen und werden schon hieraus einen Fehlbetrag von etwa 30 Milliarden haben. Wenn wir die Beamten nicht auf das Notwendigste beschränken, können wir den Reichszentralrat nicht aus dem Sumpf der Panzerwirtschaft herausziehen, selbst wenn der Verband auf alle Forderungen verzichtet. Für dieses Jahr verlangt die Reparationskommission 77 Milliarden, für 1922 rechnet der Minister mit 90 Milliarden. Der Minister rechnet aber mit einem Dollarkurs von 84. Heute steht er über 300. Nun kommen noch die Befehlskosten mit 1,6 Milliarden Goldmark hinzu. Ich hoffe, daß die Regierung endlich einmal diesem Standal ein Ende macht. Daß sie dagegen nicht tut, mache ich ihr zum Vorwurf. Der ganze Etat macht 255 Milliarden an Reparationen aus. Die Anregung Rathenau's, an die Stelle der Goldlieferungen Sachlieferungen treten zu lassen, war gut. Aber dieses Programm hat er umbiegen lassen. Ich bedauere, daß er nicht hier ist, um sich vor dem Hause zu verantworten. Wir protestieren, daß das Wiesbadener Abkommen zustande gekommen ist ohne Bestätigung des Reichstages. (Zustimmung.) Von dem Abkommen mit Polen über den Kohlenexport über Antwerpen zum Inlandspore hat der Auswärtige Ausschuss keine Kenntnis gehabt. Das Wiesbadener Abkommen ist eine Verletzung der Weimarer Verfassung. Finanziell wird das Reichsbudget durch das Abkommen um rund 30 Milliarden verschlechtert. Selbst bei möglichster Veranschlagung dürften sich die gesamten Ausgaben auf 400 Milliarden stellen. Das bedeutet auf den Kopf eine jährliche Belastung von 7000 M. Dieser Parteienregierung können wir die neuen Steuern um so weniger bewilligen, als keine Steuer ausreichen würde, um dem Wahnsinn von Versailles zu entsprechen. Rechner protestiert gegen die einzelnen Besteuerungen und fordert nochmals eine Vereinfachung der Steuererhebung. Den christlichen Steuerzahler wollen wir schützen. Nur so können wir die deutsche Wirtschaft fördern. Die neuen Verbrauchssteuern beruhen auf bestimmten Wünschen des Ver-

bandes. (Große Unruhe.) Wir werden uns hier nicht von dem Verband einschüchtern lassen. Wir werden uns aber auch von der Sozialdemokratie nicht dazu bringen lassen, auf unseren Schultern diese Frage zu entscheiden. Wir wenden uns dagegen, daß die Sachwerte erfasst werden, um dem Verband ausgeliefert zu werden. Die festverzinslichen Wertpapiere und Kriegsanleihen müssen von der geplanten Besteuerung frei bleiben. Die Erfüllungspolitik der Regierung ist in allem und jedem gescheitert. Keine einzige von allen den Aussichten, die viele von uns zur Annahme des Ultimatums bestimmt haben, sind erfüllt worden. Die Politik Wirths jagt dem Abgrund zu. (Lärm links.) Die Erfüllung ist unmöglich. Die Regierung hat mit ihren Verschleierungs- und Verschönerungsversuchen nicht nur ihren Kredit, sondern auch den deutschen Privatcredit aufs schwerste geschädigt. Wir werden in wenigen Monaten für die dringendsten Lebensbedürfnisse Beiträge zahlen müssen, die uns heute noch phantastisch erscheinen. Arbeitslosigkeit und Hunger werden unser Volk zur Verzweiflung treiben. Die Ehre gebietet, dem Verband offen mitzuteilen, daß Deutschland den Erfüllungsplan nicht innehalten kann. Wir müssen uns entschließen, mit Ehren unterzugeben. (Starker Beifall rechts, Lärm und Rufen links.) Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen nachmittags 1 Uhr. Kleine Anfragen. Fortsetzung der Interpellationsbesprechung. Schluß 1/2 Uhr.

**Eine Anleihe für Oesterreich.**  
Wien, 8. November. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, verläutet hier, daß eine Anleihe von 250 Millionen Mark für Oesterreich zustande gekommen sei.

**Der Gewahrjam Karls und Zitas von Habsburg.**  
Bunzlau, 8. November. Das Haus, in dem der frühere Kaiser Karl und Zita wohnen sollten, ist bereits ausgewählt worden.

**Der neueste Aufstand Petljuras**  
Prag, 8. November. Über den neuesten Aufstand Petljuras melden die tschechischen Blätter, daß die Aufständischen von Rumänien aus angegriffen haben. Sie sollen Kamenez, Podolsk, Polskow, Belschi, Litin und andere Gemeinden besetzt und die Sowjetbeamten ermordet haben. In Skala am Dnepr soll es bereits keine Sowjetbeamten mehr geben. Die Aufständischen befinden sich bereits in Kuffisch-Duljatschn. Dieser Aufstand soll im Zusammenhang mit jenen in den Gouvernements Niw und Charow stehen. Petljura soll den Aufstand leiten und eine vorläufige Regierung in Kamenez-Podolsk gebildet haben.

**Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.**  
Paris, 8. November. In einer Unterredung, die der Minister Loucheur gestern mit Vertretern verschiedener Organisationen über den Wiederaufbau der 11 Ortschaften in der Gegend von Chaulnes hatte, erklärte er, der Hauptzweck sei, die Ordnungsmassnahmen zu prüfen für den Fall, daß deutsche Arbeiter beschäftigt würden. Das Gelingen eines derartigen Unternehmens sei abhängig von der formellen Zustimmung der Besatzungsmächte. Auch die Geschädigten müßten durch Unterschrift die Vorschläge annehmen. Inzwischen könne er dem Studium nur vorläufigen Charakter zuerkennen. Die in Aussicht genommenen Massnahmen der Eurde-Gesellschaft zur Sicherstellung der Ordnung wurden angenommen. Eine neue Zusammenkunft wird nicht stattfinden, solange nicht die Liste der Geschädigten mit ihrer Zustimmung den Profekten des Departements Commes übermittelt worden ist.

**Eine Volksgast Briands an das amerikanische Volk.**  
New York, 8. November. Nach einer Meldung aus New York ist Briand mit der französischen Delegation gelandet. Nach einer Havas-Meldung aus New York richtete Briand nach seiner Ankunft eine Volksgast an das amerikanische Volk, in der erklärt wird, Frankreich sei bereit, alle seine Anstrengungen darauf zu richten, neue Kriege zu verhindern, vorausgesetzt, daß es nicht für seine Sicherheit zu bedürfen habe. Daß Frankreich mehr als irgend ein anderes Land durch den Krieg gelitten habe, sei es bereit, an der Abrüstungskonferenz in einem dem Völkerecht und der Erhaltung des Friedens günstigen Geiste teilzunehmen.

**Ein französisch-polnischer Handelsvertrag.**  
Paris, 8. November. Nach einer Meldung einer Nachrichtenagentur aus Warschau, die der „Petit Parisien“ wiedergibt, sind vorgestern im polnischen Ministerium für Handel und Industrie Verhandlungen zwischen Frankreich und Polen über den Abschluß eines Handelsvertrages begonnen worden.

**Frankreich und die Note der russischen Regierung.**  
Paris, 8. November. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet von Bord der „Lafayette“, Ministerpräsident Briand habe dem Quai d'Orsay die Antwort auf die Note der russischen Regierung übermitteln. Der Berichterstatter glaubt, daß die französische Regierung in ihrer Note von der Anerkennung der Schulden der früheren russischen Regierung Kenntnis nehmen, aber Bürgerkrieg verlangen werde sowie Sicherheiten dafür, daß die gegenwärtigen Führer Rußlands die internationalen Verbindungen der Zivilisation anerkennen. Nur wenn diese Bedingung erfüllt würde, werde die französische Regierung die

Wiederannahme normaler Beziehungen zu Rußland in Betracht ziehen können.

**Die albanische Frage.**

London, 8. November. Im Oberhaus teilte Darnley mit, daß die südlawischen Truppen Durrës und Kroschi in Albanien besetzt haben und weiter vorrückten. Die albanische Regierung habe einen neuen Appell an den Völkerbund gerichtet. Es sei zu hoffen, daß die südlawische Regierung, sobald ihr die Entscheidung der Völkerbundkonferenz betreffend die Grenzen Albanien mitgeteilt sei, ihre Truppen zurückziehen werde. Inzwischen sei die Lage so ernst, daß die britische Regierung das Generalsekretariat ersucht habe, unverzüglich den Völkerbund zusammenzuberaufen, damit der Artikel 16 zur Anwendung gebracht wird und, falls die südlawische Regierung weiterhin ihren Verpflichtungen aus dem Völkerbundsabkommen nicht nachkomme, entsprechende Massnahmen ergriffen würden.

**Eine serbische Anleihe in England.**

Wien, 8. November. Die „Wiener Tagespost“ meldet aus Belgrad: Nach den jüngsten aus London eingetroffenen Nachrichten werden die letzten Formalitäten für den Abschluß einer Anleihe in England noch im Laufe dieser Woche erledigt sein. Das englische Bankhaus Dillon hat den Antrag auf Durchführung einer siebenprozentigen Anleihe von 6 Mill. Pfund Sterling zum Kurs von 97 Proz. gestellt. Als Garantie verlangt das Konsortium die Verwendung der Anleihe für den Bau der Adriabahn.

**Die Parlamentswahlen in Portugal.**

Lissabon, 8. November. Die Parlamentswahlen sind auf den 11. Dezember d. J. anberaumt worden.

**Die chinesische Anleihe.**

London, 8. November. Reuter meldet aus Peking: Die Ablehnung der von einer amerikanischen Gruppe für die chinesische Anleihe gestellten Bedingungen soll auf die Ablehnung der chinesischen Regierung zurückzuführen sein, der Zahlung von 1600000 in amerikanischem Geld befindlichen Guthaben-Bonds zuzustimmen. Die Auffassung der chinesischen Regierung geht dahin, daß die Zahlung der Zinsen aufgeschoben werden müsse bis zu einer vollständigen Regelung der aus dem Kriege herrührenden chinesischen Ansprüche an Deutschland.

**Die Ermordung Haras.**

Berlin, 8. November. Neuerdings aus Tokio eingetroffene Nachrichten bestätigen, daß der Premierminister Haras am Freitag abend auf dem Tōkyō Hauptbahnhof ermordet worden ist. Der Täter ist ein 19 Jahre alter japanischer Eisenbahnangestellter. Man sieht in Tokio den Mord als die Tat eines unweisen Fanatikus an, die sowohl bei den Japanern wie auch bei den Ausländern tiefes Bedauern erregte. Das Amt des Ministerpräsidenten wird vertretungsweise vom Minister des Äußeren, Uchida, verwaltet. Über den Nachfolger des ermordeten Ministerpräsidenten werden verschiedene Vermutungen laut. Es werden genannt der Gouverneur von Formosa, der Gouverneur von Korea, der Oberbürgermeister von Tokio und ferner der Vizepräsident des Geheimen Staatsrates. Nach den vorliegenden Meldungen herrscht im Lande Ruhe.

London, 8. November. Die Reuter aus Tokio meldet, vermuten die japanischen Behörden, daß die Mörder des Ministerpräsidenten nur Werkzeuge anderer Personen gewesen seien und daß eine Verschwörung vorhanden war.

**Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.**

Am vergangenen Sonntag ist der vormalige Präsident des Sächsischen Oberlandesgerichts Wirtl. Geh. Rat Dr. Karl Heinrich Börner an den Folgen einer an sich günstig verlaufenen Operation gestorben. Sein Hinscheiden erweckt aufs neue die dankbare Erinnerung an alles, was er seinem engeren und weiteren Vaterlande geleistet hat. Sofort mit seinem Eintritt in den Justizdienst (am 1. April 1867 bei dem damaligen Gerichtskamte Wildbrunn) hat seine ganz überragende Begabung die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt, und er hat sie durch eine besonders vorzügliche Richterprüfung sofort gerechtfertigt. Durch dementsprechende Leistungen als Assessor und später als Gerichtsrat bei dem Appellationsgerichte Leipzig erlangt er dann für sich die höchste Auszeichnung, die — vielerleicht — nur Auserwählten beschieden sein konnte: die Mitarbeit an dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch. 20 Jahre hindurch stellte er seine ganze Persönlichkeit in den Dienst dieser hohen Aufgabe, und wie er ihr gerecht geworden ist, das zeigt seinen dankbaren Bewunderern die Entstehungsgeschichte dieses großen Gesetzgebungswerkes; er war inwischen durch die Beförderung zum Landgerichtsdirektor und später zum vortragenden Räte im Justizministerium ausgezeichnet worden. Nach seiner Rückkehr ins engere Vaterland, wo er bald den Titel eines Geheimen Rates mit dem Range als Ministerialdirektor erhielt, widmete er sich erfolgreich der Ausarbeitung der Sächsischen Ausführungsgesetze; doch konnte er auch oft an die ihm hienegewordene Stätte seines früheren Wirkens zurückkehren, da er zugleich zum stellvertretenden Bevollmächtigten beim Bundesrat bestellt war. Der Reichstag 1908 führte ihn an die Spitze des Oberlandesgerichts und damit zurück zu dem un-

mittelbaren Richterberufe, dem fern zu sein ihm oft schmerzhaft gewesen war. Unvergessen und unvergessen bleibt, was er als Haupt des Sächsischen Richtertums der Rechtspflege und seinen Mitarbeitern gewesen ist. Wuhle er doch als Richter Recht und Billigkeit, Wissenschaft und Zweckmäßigkeit, Inhalt und Form gleichermaßen zur Geltung zu bringen, als Vorgesetzter auf vollste Pflichterfüllung wie auf ähner Anerkennung dafür mit derselben Energie hinzuwirken, als Mensch, streng gegen sich selbst, doch nachsichtig gegen andere, seinen Mitmenschen Mut und Hilfe zu bringen. Im Vollbesitze seiner Kräfte schied er am 1. Oktober 1913 aus seinem ihm lieb gewordenen Amte, bewahrt aber auch im Ruhestande allen Borgängen aus seinem früheren Wirkungskreise warmherzige Teilnahme. Nun ist er dahingegangen; aber über das Grab hinaus lebt er weiter als Vorbild höchster Richter-tugenden für das ganze sächsische Richtertum!

Die heute eingegangene Nr. 105 des **Neig-Gesetzblattes** enthält: Gef., betr. die Verpflichtung zur Ausfuhr über militär-fiskalische Gelder und zu deren Herausgabe; Bg., über die Feuerliche Behandlung der Auslandsstoffe; Bg., über die Unterwerfung im Strafverfahren gemäß § 410 der Reichsgerichtsordnung, sowie Bg., über den Ablauf von Verlegungen, Protest- und Benachteiligungsfristen.

**Lohnbewegung.**

Berlin, 8. November. In einer Versammlung der Arbeitgeber im Berliner Gastwirtschaftsgewerbe ist der vom Schiedsgerichte gefällte Schiedsspruch gutgeheißen worden. Auch die Arbeitnehmer haben gestern in sechs Versammlungen über die Ausnahme der Arbeit auf Grund des Schiedsspruches abgestimmt. Der Vorstand und Beirat des Kartells der Arbeitnehmerorganisationen hat sich mit der Abstimmung beschäftigt und festgestellt, daß die jahresgemäße Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Ausstandes nicht mehr vorhanden ist. Der Kartellvorstand erklärte daher den Ausstand für beendet.

**Sächsische Angelegenheiten.**

**Post- und Telegraphenverkehr am 9. November.**

Auf Anordnung des Reichspostministeriums wird der Post- und Telegraphenverkehr am 9. November wie an Werktagen aufrecht erhalten.

W. Lebnig i. S. Die Einführung der **Porzellanfabrikation** im Voglande hat sich bewährt. Die 1920 und 21 in Oelsnitz, Treuen und Walschhausen b. Bad Godesch errichteten Porzellanfabriken sind sehr stark beschäftigt; für die Lehngemische ist bereits ein Erweiterungsbau im Gange, der 60 m lang, 40 m tief und 4 Stod hoch wird.

W. Adorf i. S. Eine **Volkshochschule** ist, wie in der Bezirksstadt Oelsnitz, auch hier zustande gekommen. Die Vorträge, die sich zunächst auf Literatur und Buchhaltung erstrecken, später aber auch auf fremde Sprachen ausgedehnt werden sollen, beginnen am 8. November.

**Kunstanzeigen.**

Mitteilungen des Sächsischen Staatstheater. **Opernhaus**, Mittwoch, den 9. November. „Die Hugenotten“. Margarethe v. Raftis — Elise Hansen-Schulhoff vom Stadttheater in Leipzig a. G., Graf St. Emil — Robert Burg, Graf Nevers — Rudolf Schmalnauer, Valentin — Charlotte Bieder-Kimpel, Raoul v. Rangs — Carl Taucher, Urbain — Angela Kolnial, Marcell — Georg Jotimayr. Musikalische Leitung: Fritz Reiner. Spielleitung: Georg Hartmann. Anfang 7 Uhr.

Donnerstag, den 10. November. Die verkaufte Braut“. Krusina — Julius Pätzsch, Kathinka — Helene Jung, Marie — Grete Bertram-Ritsch, Wida — Rudolf Schmalnauer, Hans — Elfrida Haberfort, Wenzel — Hans Mülliger, Hans — Richard Taucher, Regal — Ludwig Ermsold, Gheralda — Willy Stephan. Musikalische Leitung: Hermann Kutschbach. Spielleitung: Georg Hartmann. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. **Mittwoch**, den 9. November, nächste Wiederholung der Komödie „Kauf“ von August Strindberg in der bekannten Besetzung. Spielleitung: Bertold Viertel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zu Schillers Geburtstag wird am Donnerstag, den 10. November, „Die Braut von Messina“ in der bekannten Besetzung gespielt. Spielleitung: Paul Wiede. Anfang 7 Uhr.

Die Ausgabe der Abonnementblätter für den zweiten Teil der Spielzeit 1921/22 findet bis mit 13. November während der üblichen Vormittagsstunden statt.

Morgen, Mittwoch, 1/2 Uhr im Palmengarten Beethoven-Platzabend von Hedwig Meyer. (Karten bei Ries.)

Volkshochschule. Morgen, Mittwoch, den 9. November, fällt der Vortrag von Dr. Franz Modtauer über „Schillers philosophische Gedichte“ aus. Nächster Vortrag: Mittwoch, den 16. d. M.

In der Johanneskirche zweiter Orgelabend Hans Fährmann zum Wehen der Golden Totensonntag, nachmittags 1/2 Uhr (Totenfeier, Deutsche Trauer- und Totenmusik, eigene Werke). Mitwirkende: Frau Maria Babel-Chemnitz, Fräulein Johanna Wabstriedel, der Kirchenchor.



Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Nach den Abänderungsvorschriften vom 12. Oktober 1921 (S. 337) zur Verordnung über die Wahlen zum Landesgesundheitsamt vom 21. Mai 1912 (S. 274) sind nach § 1 für die III. Abteilung des genannten Amtes von den nichtselbständigen als Apotheker Approbierten (Apothekergehilfen) 5 außerordentliche Mitglieder und ebensoviel Stellvertreter mit Gültigkeit vom 1. Januar 1922 ab zu wählen. Von den 5 außerordentlichen Mitgliedern und ihren Stellvertretern wird in jeder Kreisapothekergemeinschaft ein außerordentliches Mitglied und ein Stellvertreter gewählt.

Auf Grund der §§ 2, 8, 9 und 11 der abgeänderten Verordnung ergibt an alle nach § 2 wahlberechtigten approbierten Apotheker die Aufforderung, an dieser Wahl teilzunehmen und ihre Stimmzettel bis spätestens Freitag, den 6. Dezember 1921, mittags 1 Uhr, an die III. Abteilung des Landesgesundheitsamtes (Dresden-K., Zeughausplatz 3, II) verschließen und portofrei einzulegen oder persönlich daselbst abzugeben. Alle Stimmzettel, die erst nach Ablauf dieses Zeitpunktes eingelegt werden, sind unberücksichtigt und werden vernichtet.

Die nichtselbständigen als Apotheker Approbierten (Apothekergehilfen) sind nur in der Kreisapothekergemeinschaft, in deren Bezirke sie wohnen, wahlberechtigt und wählbar.

Wählbar ist, wer wahlberechtigt ist, und überdies mindestens 3 Jahre lang nach Erlangung der Approbation in sächsischen Apotheken tätig gewesen ist.

Die Stimmzettel sind von den Abstimrenden eigenhändig zu schreiben und entweder mit Vor- oder Zunamen zu unterschreiben oder auf der Adresse mit der Angabe: „Wahlzettel des R. N. zu R. N.“ zu versehen. Auch ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als außerordentliches Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt werden soll.

154 III  
Dresden, am 7. November 1921. 6655  
Landesgesundheitsamt, III. Abteilung.

Öffentliche Sitzung des Kreisamtes zu Leipzig Sonnabend, den 19. November 1921, vorm. 11 Uhr in Sitzungssaal der Kreisapothekergemeinschaft hier (Hofplatz 11, II). 6656

Zu vergeben ist unter den Bedingungen der Staatl. Straßenbauverwaltung die Lieferung von Kleinspaltsteinen für 1922 und zwar 1800 qm frei Hbf. Döbeln oder Großschachth. 1200 qm frei Hbf. Döbeln, 1700 qm frei Hbf. Weism. (Kleinspaltstein), 2300 qm frei Hbf. Weism. (Kleinspaltstein) und verschlossen mit der Aufschrift: „Kleinspaltstein“ bis 30. November 1921 an das Straßen- und Wasserbauamt Döbeln. Eröffnung der Angebote 1. Dezember 1921, 9 Uhr vorm. Auswahl unter den Bietern und Zurückweisung aller Angebote bleiben vorbehalten. Zuschlagsfrist 3 Wochen. 6660

Straßen- und Wasserbauamt Döbeln.

Die Firma Julius Blüthner in Leipzig, Weststraße 59 - Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Georg Moses in Leipzig - klagt gegen die sogenannte Annelies von Zienhaujen, früher in Leipzig, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß die Beklagte sich am 25. November 1920 von der Klägerin unter falschen Vorspiegelungen einen Ringel Nr. 99864 verschafft habe, um diesen rechtswidrig zu veräußern und mit dem Erlös zu verschwinden, mit dem Antrage auf Herausgabe des Ringels Nr. 99864 an die Klägerin und zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits.

Die Klägerin ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die achte Zivilkammer des Landgerichts zu Leipzig auf den 11. Januar 1922, vormittags 9 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Leipzig, den 5. November 1921. 6661  
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden, und zwar:

a) auf Blatt 185, daß die Firma Schröder & Otto in Grünhainichen erloschen ist;

b) auf Blatt 362 die Firma Partschfabrik Weidorf Herbert Schwarz in Weidorf und folgendes: Der Kaufmann Herbert Siegfried Schwarz in Weidorf ist Inhaber. Dem Kaufmann Hans Pfaff in Berlin-Wilmersdorf ist Procura erteilt. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Stab- und Parquetfußböden sowie anderer Holzwaren aller Art und Sägewerk. 6662  
Amtsgericht Augustsburg, den 3. Nov. 1921.

Auf Blatt 460 des hiesigen Handelsregisters ist heute die offene Handelsgesellschaft in Firma Gebhardt Israel mit dem Ehe in Kiedertentisch eingetragen worden. Geschäftsführer sind die Kaufleute Julius Reinhold Israel und Hermann Bruno Israel, beide in Kiedertentisch. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1921 begonnen. 6663  
Amtsgericht Bismarckswerda, 4. Novbr. 1921.

Auf Blatt 741 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Max Röbel & Co. in Göppersdorf. Geschäftsführer sind: a) der Fabrikant Max Oskar Röbel, b) der Kaufmann Max Willy Röbel, beide in Göppersdorf. Die Gesellschaft ist am 18. September 1921 errichtet worden. 6664  
Burgstädt, 4. Novbr. 1921. Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 659, die offene Handelsgesellschaft Friedrich Trommer in Crimmitschau betreffend: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsregister ist mit der Firma auf die Gesellschaft Friedrich Trommer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Crimmitschau übertragen worden;

2. auf Blatt 1092, die Firma Friedrich Trommer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Crimmitschau und weiter folgendes: Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. November 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und der Fortbetrieb der bisher unter der Firma Friedrich Trommer als offene Handelsgesellschaft in Crimmitschau betriebenen Tischfabrik, Appretur und Färberei. Das Stammkapital beträgt dreihunderttausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Richard Emil Trommer und Paul Arno Trommer, beide in Crimmitschau. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbständig zu. Einzelprokura ist erteilt den Kaufleuten Friedrich Hermann Trommer und Hans Emil Trommer, beide in Crimmitschau.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Stammeinlagen sind von den Gesellschaftern Richard Emil Trommer und Paul Arno Trommer, beide Kaufleute in Crimmitschau, dergefallt geleistet worden, daß von ihren Guthaben, die aus dem Übergange des Vermögens der offenen Handelsgesellschaft Friedrich Trommer auf die neuerrichtete Gesellschaft herrühren, je 150 000 M. abgeschrieben worden sind. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 6665  
Amtsgericht Crimmitschau, den 5. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 14125, betr. die Gesellschaft Schmiede Fabrik Albersberg Albin Riese Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden-Neuschwitz: Der Gesellschaftsvertrag vom 2. Dezember 1916 ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 18. August 1921 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage durch Abänderung der §§ 8 und 14 und durch Aufhebung der §§ 9, 10, 11, 12 und 13 abgeändert worden. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch einen Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so erfolgt die Vertretung, soweit nicht Einzelne zur alleinigen Vertretung befugt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich. Die Gesellschaft kann auch durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten werden. Der Fabrikdirektor Albin Harry Riese ist infolge Abtritts nicht mehr Geschäftsführer;

2. auf Blatt 14253, betr. die Gesellschaft Dresdner Orthopädische Werkstätten Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Zum Geschäftsführer ist bestellt der Handlungsgehilfe Willy Eduard Otto Koller in Dresden;

3. auf Blatt 7044, betr. die Gesellschaft Deutsche Wäscherei-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Direktor Emil Carl August Hellwig ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Ernst Friedrich Emil Groß in Dresden. Die ihm erteilte Procura ist erloschen;

4. auf Blatt 9451, betr. die Kommanditgesellschaft J. W. Wendels Niederlage in Dresden, Zweigniederlassung des in Solingen unter der Firma J. W. Wendels bestehenden Hauptgeschäfts: In die Gesellschaft sind sieben Kommanditisten eingetreten. Die Einlagen von fünfzehn Kommanditisten sind erloschen worden. Die Einlage einer Kommanditistin ist herabgesetzt worden;

5. auf Blatt 13647, betr. die Firma Eduard Seibte Kachl in Dresden: Der Pfleger Joseph Jacobson in Dresden ist als persönlich haftender Geschäftsführer in das Handelsregister eingetragen. Die damit begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juli 1921 begonnen;

6. auf Blatt 14985, betr. die offene Handelsgesellschaft Deutsche Zeltstoffe Kunkel Röhl & Co. in Dresden: Der Architekt Max Arthur Franz ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Kurt Hermann Röhl führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleininhaber fort;

7. auf Blatt 16754: Die Firma Ferdinand Wittmann in Dresden. Der Kaufmann Ferdinand Wittmann in Dresden ist Inhaber. Der Privatist Ernst Hermann Ritter in Dresden ist als persönlich haftender Geschäftsführer in das Handelsregister eingetragen. Die hierdurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. September 1921 begonnen. (Geschäftszweig: Worn-Großhandlung (Nägeln und Weizenwinne) Geschäftszweig: Jodelpharmazie. 30);

8. auf Blatt 16755: Die Firma Ludwig Scheitow in Dresden. Der Kaufmann Siegmund Edward Ludwig Scheitow in Dresden ist Inhaber. (Geschäftszweig: Handel mit Holz, Eisen, Web- und Spielwaren. Geschäftszweig: Schwarzberger Str. 150.)  
Amtsgericht Dresden, Abt. III, 7. Nov. 1921.

Auf Blatt 6473 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft ThüringerBankenaktiengesellschaft in Dresden, ist heute folgendes eingetragen worden:

Die Generalversammlung vom 19. Oktober 1921 hat beschlossen, das Grundkapital zu erhöhen:

a) um drei Millionen Mark durch Ausgabe von dreihundert Stück neuen auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je eintausend Mark,

b) um zweihundertfünfzigtausend Mark durch Ausgabe von zweihundertfünfzig Stück auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je eintausend Mark. Diese Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr sechs Millionen siebenhundertfünfzigtausend Mark und gerfällt in sechshundert Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je eintausend Mark und siebenhundertfünfzig Stück auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je eintausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag vom 19. März 1890 in der Fassung vom 23. Juni 1900 ist durch Beschluß derselben Generalversammlung laut Notariatsprotokoll von diesem Tage dementsprechend in § 5 und weiter in den §§ 5a und 22 abgeändert worden.

Es wird noch bekanntgegeben, daß die neuen Stammaktien zum Kurse von 153 % ausgegeben werden. Die neuen Vorzugsaktien, die zum Kurse von 108 % ausgegeben werden, erhalten für das Geschäftsjahr 1921 die Hälfte des auf die alten Vorzugsaktien entfallenden Gewinnanteils. Im übrigen werden sie mit den völlig gleichen Rechten

wie die gemäß dem Beschlusse der außerordentlichen Hauptversammlung vom 4. Januar 1921 ausgegebenen Vorzugsaktien ausgestattet. 6667  
Amtsgericht Dresden, Abt. III, 7. Nov. 1921.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 597 die Firma Otto Walthers in Falkenstein mit dem Fabrikanten Karl Otto Walthers daselbst als Inhaber eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Mechanische Wärberei-Weberei. 6668  
Amtsgericht Falkenstein, 2. November 1921.

Auf Blatt 1251 des Handelsregisters ist heute die Firma Oswald Schmieder in Gollmitz und als deren Inhaber der Gutsbesitzer und Getreidehändler Oswald Gottfried Schmieder in Ober-Gollmitz eingetragen worden. 6666  
Amtsgericht Freiberg, am 7. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist auf Blatt 142, betreffend die Firma Karl Rautschke & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Königsdorf, eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Königsdorfer Zementfabrik Sultan, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Königsdorf. 6667  
Amtsgericht Königsdorf, den 5. Nov. 1921.

Auf Blatt 377 des Handelsregisters, die Firma Sächsisch-Thüringische Porzellanwerke Schindler & Weisner in Raasdorf betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. 6668  
Amtsgericht Kötzschenbroda, 5. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 29. Oktober 1921:

1. auf Blatt 14027, betr. die Firma Erichhoff Industrie Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Wahren: Der Sitz der Gesellschaft ist nach Leipzig verlegt worden;

2. auf Blatt 540, betr. die Aktiengesellschaft unter der Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt in Leipzig: Zum Mitgliede des Vorstandes ist bestellt der Bankdirektor Kurt Wunderlich in Leipzig; am 1. November 1921;

3. auf Blatt 20506 die Firma Max Höppl in Leipzig (Sebastian Bachstr. 32). Der Kaufmann Eduard Max Höppl in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Groß- und Kleinhandel mit Drempföfen);

4. auf Blatt 20507 die Firma Fritz Brümmer in Leipzig (Lindenau, Flemingstr. 9-11). Der Kaufmann Wilhelm Fritz Brümmer in Leipzig ist Inhaber. Procura ist erteilt dem Diplom-Ingenieur Heinrich Wilhelm Rudolf Brümmer in Leipzig. (Angegebener Geschäftszweig: Maschinenbau- und Maschinenbauhandlung);

5. auf Blatt 20508 die Firma Hans Krause in Leipzig (Stötterstr. Papiermühlstr. 9). Der Kaufmann Arthur Hans Krause in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Vertretung von Papierfabriken);

6. auf Blatt 20509 die Firma Leopold W. Woss Annoncen-Expedition „Le-Wi-Wo“ in Leipzig (Brandenburgerstr. 38). Der Kaufmann Leopold Wilhelm Woss in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Annoncen-Expedition und Generalvertretung von Verlagsgesellschaften);

7. auf Blatt 9275, betr. die Firma G. Jungmann in Leipzig: Gustav Eduard Kubold ist als Inhaber ausgeschieden. Der Kaufmann Paul Erich in Leipzig ist Inhaber. Er hat nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers; es gehen auch nicht die im dem Betriebe begründeten Verbindungen auf ihn über;

8. auf Blatt 12858, betr. die Firma Richard Rahn in Leipzig: Otto Richard Alexander Alfred Rahn ist als Inhaber ausgeschieden. Der Buchhändler Martin Arthur Stoppe in Leipzig ist Inhaber. Die Firma lautet künftig: Richard Rahn Kachl;

9. auf Blatt 19968, betr. die Firma Geislich & Jüttner in Leipzig: Paul Hermann Karl Geislich ist als Geschäftsführer ausgeschieden;

10. auf Blatt 19953, betr. die Firma Franz Geislich in Leipzig: Die Firma ist erloschen. 6669  
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 2. Nov. 1921.

Das im Grundbuche für Leipzig-Königsfeld Blatt 233 auf den Namen des Landwirts recht Speidert Paul Bruno Schiffer in Leipzig-Königsfeld eingetragene Grundstück soll

Sonnabend, am 7. Januar 1922, vorm. 11 Uhr an der Gerichtsstelle, Peterssteinweg 8 II, Zimmer 127, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 6,3 Ar groß, mit 445,07 Steueranteilen belegt und auf 31500 M. geschätzt. Es wird aus dem Flurbuch 11 gebildet, liegt in Leipzig-Königsfeld, Konstantinstr. 29, besteht aus Wohnhaus, zwei Schuppen, Stallgebäude und Vorgarten und ist zur Grundfläche unter 13 Abt. A mit 15380 M. eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 6. Oktober 1921 verkauften Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprache des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Einlegung des Zuschlags die Aufhebung oder die einseitige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. 6670  
Amtsgericht, Abt. II A 2, Leipzig, 4. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 20519 die Firma Wilhelm Grundmay Kachl in Leipzig (Quersch. 4). Der Fabrikant Ernst Theodor Beyer in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Betrieb einer galvanoplastischen Anstalt und Maschinenfabrik);

2. auf Blatt 20520 die Firma Jacob & Valentin Berlin Zweigniederlassung Leipzig in Leipzig (Katharinenstr. 4), Zweigniederlassung der in Berlin unter der Firma Jacob & Valentin bestehenden Hauptniederlassung. Geschäftsführer sind die Kaufleute Hugo Jacob und Kurt Valentin, beide in Berlin. Die Gesellschaft ist am 10. August 1877 errichtet;

3. auf Blatt 20521 die Firma Gneiffenau Apotheke Hans Schaeffer in Leipzig (Hauptpostamtstr. 3, Ude Gneiffenaustr.). Der Apotheker Hans Paul Eduard Schaeffer in Leipzig ist Inhaber;

4. auf Blatt 20522 die Firma Franz Fröhlich in Leipzig (-Schleußig, Bachhausstr. 4). Der Kaufmann Carl Franz Ferdinand Fröhlich in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Garn und Wolle);

5. auf Blatt 20523 die Firma Ludwig Rösch in Leipzig (Königsstr. 66), vorher in Renslau. Der Kaufmann Ludwig Rösch in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Tabak-, Schneiderei und Großhandel mit Tabak und Zigarren);

6. auf Blatt 77 II, betr. die Firma H. Herzog in Leipzig: Procura ist erteilt dem Betriebsleiter Carl Kerst Herzog in Leipzig, dem Fabrikmeister Robert Otto Herzog in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

7. auf Blatt 9145, betr. die Firma Chromo-Papier- und Kartonfabrik vorm. Gustav Rajort Aktiengesellschaft in Leipzig: Die Generalversammlung vom 24. Oktober 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zwei Millionen Mark, in zweitausend Aktien zu je tausend Mark, beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 29. Dezember 1899 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 24. Oktober 1921 in den §§ 5 und 10 abgeändert worden. Weiter wird bekanntgegeben: Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber und werden zum Kurse von 230 % ausgegeben. Jede Vorzugsaktie gewährt neun Stimmen, jede Stammaktie eine Stimme;

8. auf Blatt 17749, betr. die Firma Aktien-Gesellschaft „Van der Hoffstr.“ in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag vom 17. März 1921 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 24. September 1921 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage abgeändert worden;

9. auf Blatt 19272, betr. die Firma Carl Kleidlich in Leipzig: Die Firma ist erloschen. 6673  
Amtsgericht Leipzig, Abt. III, 5. Nov. 1921.

Auf Blatt 20518 des Handelsregisters ist heute die Firma Oswald Schmidt Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. Oktober 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Fortführung der bisher von Emil Schieber und Otto Adersmann in Leipzig, Gabelsberger-Str. 6, betriebenen Buch- und Kalandruckererei Oswald Schmidt. Das Stammkapital beträgt dreihundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinschaftlich vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt Sophie led. Peterlein und der Buchdrucker Emad Leipzig, beide in Leipzig.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer Emad Leipzig, Buchdrucker in Leipzig, bringt in Anrechnung auf seine Stammeinlage die bisher von Emil Schieber und Otto Adersmann in Leipzig unter der Firma Oswald Schmidt betriebene Buch- und Kalandruckererei mit der Firma dergestalt in die Gesellschaft ein, daß der Betrieb des eingetragenen Unternehmens vom 1. Oktober 1921 ab als für Rechnung der Gesellschaft geführt gilt. Der Wert dieser Einlage ist auf 350 000 Mark festgelegt worden. Hiervon werden dem Einleger 25 000 Mark auf seine Stammeinlage angedreht, während ihm der Rest von der Gesellschaft dadurch vergütet wird, daß die übrigen, von den Geschäftsführern in der zu leistenden Einlagen von zusammen 350 000 Mark in Höhe von 325 000 Mark an ihn abgeführt werden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch die Leipziger Neuesten Nachrichten. 6672  
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 5. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 20516, die Firma Hermann Schönberr Notariatskanzlei in Leipzig (Ratstr. 24/26). Der Kaufmann Kurt Hermann Schönberr in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Verkauf von Kraftfahrzeugen und Vertretung darin, sowie Handel mit Zubehörteilen und Fahrzeugen);

2. auf Blatt 20517, die Firma Ernst Schmidt Automaterial in Leipzig (Höbe Str. 5a). Der Kaufmann Ernst Hermann Schmidt in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Handelsvertretungen in Automobilkonstruktionsmaterial);

3. auf Blatt 1016, betr. die Firma G. Friedrich Schmidt Kachl in Leipzig: Otto Hermann Bauer ist als Inhaber ausgeschieden. Clara Franziska vbl. Bauer geb. Pfiffermann in Leipzig ist Inhaberin;

4. auf Blatt 15401, betr. die Firma Gustav H. Kiehl in Leipzig: Procura ist dem Buchhändler Wilhelm Albert Paul Titloff in Leipzig erteilt;

5. auf Blatt 6976, betr. die Firma Oswald Schmidt in Leipzig: Clara Helene Caroline v. d. Schmidt geb. Kattiesch ist als Geschäftsführerin ausgeschieden. Theodor Eduard Emil Schieber und Ernst Otto Adersmann sind ebenfalls als Geschäftsführer ausgeschieden. Der Buchdrucker Emad Leipzig in Leipzig ist Inhaber. Er hat nicht für die im Betriebe des Geschäfts entstehenden Verbindlichkeiten der bisherigen Inhaber; es gehen auch nicht die im dem Betriebe begründeten Verbindungen auf ihn über;

6. auf den Blättern 17994 und 18865, betr. die Firmen „Garonia“ Leipziger Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft und „Garonia“ Leipziger Transport-Versicherungs-Aktiengesellschaft, beide in Leipzig: Die Generalversammlung vom



Bücherbesprechungen.

\* Sächsisches Jahrbuch mit Kalender für 1922... Die Besetzung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919...

aufserhalb der Gebiete der Reichsgebirgsbanken... Die Konstriktion und Abkämpfung betrifft nachfolgende Schuldscheine:

- 1. 4% Österreichische Goldrente, Coupon 1. 4. und 1. 10.; 2. 4% Österreichische Kronrente, I. Emission, Coupon 1. 3. und 1. 9./März-Rente; 3. 4% Österreichische Kronrente, II. Emission, Coupon 1. 6. und 1. 12./Juni-Rente; 4. 3 1/2% Österreichische Indefinitionsrente, Coupon 1. 2. und 1. 8.; 5. 4% Staats-Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1913 (lautend auf Markt), Coupon 1. 5. und 1. 11.; 6. 4% Staats-Ressourcen aus dem Jahre 1914, Coupon 1. 2. und 1. 7.; 7. 4 1/2% Papier-Rente, Coupon 1. 2. und 1. 8./Februar-Rente; 8. 4 1/2% Silber-Rente, Coupon 1. 4. und 1. 10./April-Rente; 9. 4% konvertierte Papier-Rente, Coupon 1. 5. und 1. 11./Mai-Rente; 10. 4% konvertierte Silber-Rente, Coupon 2. 1. und 1. 7./Januar-Rente; 11. verschiedene ältere Staatsschulden aus der Zeit vor dem Jahre 1868...

Wichtig ist, daß durch die Konstriktion und Abkämpfung der Schuldscheine den Besitzern kein etwaiger Anspruch auf Auslösung oder Auslösung neuer Schuldscheine in der sächsischen Währung erwächst... Die Frage, welcher Ertrag dem Eigentümer für die angemessenen Schuldscheine geleistet werden wird, wird später entschieden.

Reichsbehörden als Warenvermittler.

Auf eine Beschwerde der sächsischen Gewerbetreibenden über die Tätigkeit von Reichsbehörden als Warenvermittler für ihre Beamten erwiderte das Reichsfinanzministerium...

Kaufhaus der Heinen Frachtbriefordrude.

Zurück Betreibung des Hrn. Reichsverkehrsministers vom 31. März d. J. ist die Bestimmung über die vorübergehende Verkleinerung des Frachtbriefaufsatzes mit der Maßgabe aufgehoben worden...

Die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter.

Dem neuesten Heft der Mitteilungen der Gewerbetreibenden in Dresden entnehmen wir folgendes: Zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter...

Zeit gewerblicher Arbeiter verkürzen die sächsischen Gewerbetreibenden ein Gutachten, in dem sie u. a. darauf hinweisen, daß der seit der Revolution eingeführte Achtstundentag dem deutschen Wirtschaftsleben nicht förderlich gewesen ist...

Der Reichsrat stimmte dem aus der Initiative des Reichstages hervorgegangenen Gesetzentwurf zu, wonach die Regierung ermächtigt wird, die Umgehungen für gewisse Reichsbehörden sofort zu erlassen...

Der Reichsbund des Textileinzelhandels, Landesverein Sachsen, hielt kürzlich eine überaus stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab... Der Vorsitzende des Landesvereins, Hr. Gustav Heinrich, erstattete zunächst eingehend Bericht über die Tagung des Gesamtkongresses...

\* Annahme Berliner Kurse vom 7. November. 5% Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4% Deutsche Reichsanleihe 70,50, 3% Deutsche Reichsanleihe 64,30, 3% Deutsche Reichsanleihe 87,00, 4% Preussische

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Includes various stocks like Konigs 68,10, 4% Preussische Staatsbahnen, etc.

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Includes various stocks like Berlin, 7. November, Teufelstange, etc.

(Ginacjandi.)

Salem Raucher! Die Beibehaltung der alten, freien Qualität macht nach Intraffritten der neuen Steuerstufe folgende erhöhten Preisermäßigungen leider unvermeidlich. Salem Aleikum, Salem Gold, Cavalier 80 Pf., Cabinet M125 Pf. d. S.

Dresdner Börse, 7. November 1921.

Table with 2 columns: Name, Price. Includes Deutsche Staatspapiere, Verschiedene Anleihen, Stadt-Anleihen, etc.

Table with 2 columns: Name, Price. Includes Sächs. Pfand- u. Hypoth.-Brieje, Transport-Wktien, Bank-Wktien, etc.

Table with 2 columns: Name, Price. Includes Papier- u. Holz-Wkt., Wachs- u. Metallind.-Wkt., Getriebe- u. Walzdr.-Wkt., etc.

Table with 2 columns: Name, Price. Includes Getriebe- u. Walzdr.-Wkt., Verschied. Industrie-Wktien, etc.

\* Münchener. Die den einzelnen Wertpapieren vorgegebenen Siffern bedeuten die Rintertenne, die nachfolgenden die Prozentsätze oder letzten Dividenden.

Tageschronik.

Schwere Sturmschäden in Sachsen und im Reich.

In Leipzig hat der Sturm an Häusern und nicht zuletzt auch in den Schreber- und Gartenvereinen ganz bedeutenden Schaden angerichtet, doch sind größere Unglücksfälle zum Glück nicht hervorgerufen worden.

großen Schaden in den Forsten und an den Häusern angerichtet und erhebliche Jugversparungen zur Folge gehabt. — In Jena sind durch den herrschenden Sturm an Anlagen, Bäumen, Häusern usw. mancherlei Schäden angerichtet worden.

gegangen. Ein orkanartiger Sturm suchte den Schwarzwald, die Rheinebene, ganz Baden und Württemberg heim. In Begleitung des Sturmes gingen heftige Gewitter nieder.

licher Schaden angerichtet. Erhebliche Störungen sind dem Telegraphen- und Telefonverkehr zugefügt worden. Am Mittelrhein haben den ganzen gestrigen Tag aber schwere Gewitterstürme mit Hagel und wolkenbruchartigen Niederschlägen geherrscht.

Weinbidler, 8. November. Heute morgen ist der Hilfsbahnbeamte Thomasthe, der neben dem Gleis herging, durch einen plötzlichen Windstoß gegen einen vorüberfahrenden Zug geschleudert und tödlich verletzt worden.

Plauen, 7. November. In Dreßwein bei Plauen ist am Sonnabend abend das große Bauerngut von Leonhardt Baumgärtel niedergebrannt. Das Wohnhaus, die Stallgebäude und mehrere Nebenanlagen sind vollständig eingeschert.

Für die hiesige Mädchenwerbandsfortbildungsschule wird Hauswirtschaftslehrerin gesucht, die eine besondere Fertigkeit in der Handarbeit hat.

Für großes Dreßner Anwaltsbüro Jurist mit dem 2. Examen als Hilfsarbeiter für sofort oder später gesucht.

Spar- und Girokasten-Kassierer zum baldigen Antritt gesucht. Besoldung nach Gruppe 7, vorläufig 1200 Mk. D. Täglich 6000 Mk. Bewerber wollen Gesuche mit Unterlagen bis 20. November einreichen.

Sächsischer Kunstverein.

Die diesjährige Mitgliederversammlung findet Donnerstag, den 10. November 1921, abends 6 Uhr im Hauptsaal des Ausstellungsgebäudes, hier, Brühlischer Garten, statt.

Tageskalender.

Mittwoch, 9. November. Staatstheater. Urvater. Die Hugenotten. Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.

Donnerstag

Residenztheater. Die Spitzendiebin. Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr. Zentraltheater. Die spanische Nachtgall. Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.

Invalidentanz Verein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden. Dresden, König-Johannstraße 8.

Sächs. Staatszeitung Einzelne Nummern 20 Pf. in Dresden u. in der Geschäftsstelle Dr. Zwingerstraße 16.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig. Bezugsaufforderung.

In der außerordentlichen Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 15. Oktober 1921 ist beschlossen worden, das Grundkapital um den Betrag von 60.000.000 Mk. auf 220.000.000 Mk. unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre zu erhöhen.

Gebr. Arnhold Dresden Berlin Waisenhausstraße 29/22 Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96 Französische Straße 33e Ausführung aller bankmässigen Geschäfte Handel in Wertpapieren und ausländischen Geldsorten

Feinkost-Margarine Marke Zwillinge Hervorragend! Versuchen Sie! Zu haben in unseren Geschäften und bei unseren Ausfahrern Dresdner Molkerei Gebrüder Pfund

Niederschles. Hüttenkoks markenfrei für Dauerbrandöfen und Zentralheizungen H. Starke & Sohn G. m. b. H. Kohlenbahnhof — Freiburger Str. 32

Akten, Geschäftspapiere, Druckbücher möglichst aus dem 19. Jahrhundert kauft zum Einstampfen unter Garantie 3814 J. G. Winkler, Papierfabrik, Rothenthal, Erzgebirge.

Familiennachrichten. Verlobt: Hr. Paul Voigt in Dresden mit Frä. Martha Steyer in Lauenstein i. S.; Hr. Hans Rademacher in Dresden mit Frä. Lisa Jenisch in Blasewitz; Hr. cand. rev. min. Arwed Stange, Studienassessor, mit Frä. Friede Schuber in Dresden; Hr. Ernst Bid in Dresden mit Frä. Carlotta Geßler in Solzbürg; Hr. Oswald Pfeifer mit Frä. Lydia Puder in Dresden.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung. Für den Anzeigenenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden. Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.